



Veranstaltung: B-IV

Ausbildungseinheit: Leitstellenorganisation

Thema:

Ausgabe: 14.12.2020

Zuständig: Abteilung 2

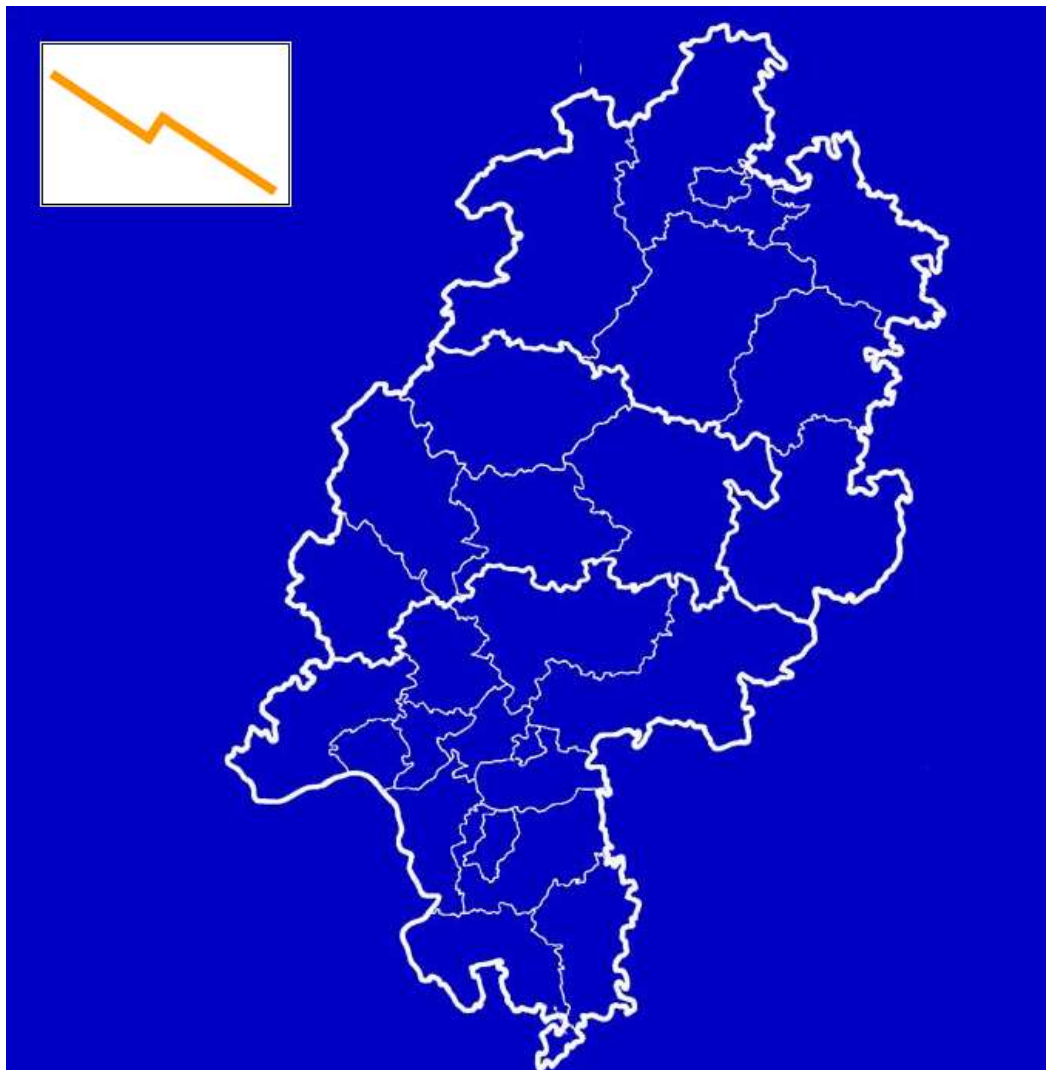
Bearbeitet von: Alexander Siebert-Ernst

Literaturhinweis: KatS-DV/ FwDV 820 HE,
Ergänzung Nutzung von HRTs im TMO,
Leitfaden „DMO-Repeatereinsatz“,
FwDV / DV 800 Informations- und
Kommunikationstechnik im Einsatz

Erlass v. 03. Sep. 2018 HmdIS Abt. V
Datenschutz in den Zentralen
Leitstellen - Personenbezogene Daten

KatS-/FwDV 820 HE

Betrieblich-taktische Regelungen „npol“ im Digitalfunk der BOS im Land Hessen



Betrieblich-taktische Regelungen für den Funkbetrieb der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben im Land Hessen im Digitalfunk (TETRA) KatS- / FwDV 820 HE

- Fassung 2.1.2 vom 22.03.2020 -

Für die o.g. Nutzerkreise wird Nachstehendes in Ergänzung der allgemeinen Regelungen der BDBOS über die Nutzung des Digitalfunks unter Bezug auf die Betriebsverantwortung des Landes gemäß § 5 Abs. 1 Nr.7 HBKG als Dienstvorschrift (KatS- / FwDV 820 HE) verbindlich geregelt (der Bereich „Katastrophenschutz“ umfasst hierbei im Sinne des § 27 Abs. 4 Satz 2 HBKG auch die Teile des organisationseigenen Katastrophenschutzes, die dem Land über die sich aus § 26 HBKG ergebende Verpflichtung bereitgestellt werden):

1. Grundsätzliches

Der Digitalfunk dient zur Übertragung von Sprach- und Textnachrichten sowie Daten für die Aufgabenerledigung als Behörde oder Organisation mit Sicherheitsaufgaben (BOS). Der Einsatz für andere Zwecke (nicht dem o.g. Aufgabenspektrum zuzuordnende Kommunikation, private Kommunikation) ist nicht zulässig.

Die nachstehenden Festlegungen geben den Stand der Technik insbesondere hinsichtlich der bereitgestellten Leistungsmerkmale wieder und sind daher bei entsprechenden Veränderungen anzupassen.

Die Regelungen gelten primär für eine Nutzung des Digitalfunks innerhalb Hessens. Für die Nutzung in anderen Bundesländern sind die dortigen entsprechenden Regeln zu beachten. Außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist die Nutzung von DMO in bestimmten Gruppen/Frequenzen entsprechend dem „Nutzungskonzept DMO“ der BDBOS ggf. möglich (Euro-DMO-Gruppen, i.d.R. ohne Kryptierung).

2. Funkbetrieb

Es gelten die Regelungen der Bundesanstalt für den Digitalfunk (BDBOS) zur Sicherstellung der Verfügbarkeit des Digitalfunknetzes sowie die grundsätzlichen Regelungen der BOS-Funkrichtlinie des Bundesministeriums des Innern.

Oberste Fernmeldebetriebsaufsicht im Sinne dieser Regelungen ist die Autorisierte Stelle (AS) des jeweiligen Bundeslandes. In Hessen ist dies demzufolge die „Autorisierte Stelle Hessen (AS Hessen)“. Diese wurde bisher auch als Landesbetriebsstelle Digitalfunk (LBD) bezeichnet.

Oberste Landesbehörde im Sinne dieser Regelungen ist in Hessen das Hessische Ministerium des Innern und für Sport. Dort wird diese Aufgabe durch die Organisationseinheit „Referat Information- und Kommunikationstechnik“ innerhalb der Abteilung „Brand- und Katastrophenschutz, Verteidigungswesen, Krisenmanagement“ (Abt. V) wahrgenommen.

Jeder Sprechfunkteilnehmer am TETRA-Digitalfunk muss im Bereich der nichtpolizeilichen BOS mindestens über eine Sprechfunkausbildung gemäß FwDV 2 („Sprechfunkberechtigung“) verfügen und in die Besonderheiten des TETRA-Netzes gegenüber den bisherigen analogen Netzen im jeweiligen Bundesland entsprechend eingewiesen sein.

3. Zulässige Anwendungen und Dienste

3.1. DMO (Direktbetrieb, netzunabhängiger Betrieb)

Im DMO ist die Nutzung folgender Anwendungen und Dienste aus betrieblichen bzw. fernmeldetaktischen Gründen beschränkt:

- Einzelruf ist nicht zulässig und ist per Programmierung der Endgeräte im DMO technisch zu verhindern (Kapazitätsproblem bzw. systembedingte Nachteile).
- Die Übermittlung von Nachrichten/Steuerungen über Datendienste des Digitalfunks dürfen die bestehende Sprachkommunikation nicht wesentlich behindern und keine bestehende Sprachkommunikation unterbrechen. Ausgenommen hiervon sind Notrufe. Die Datendienste dürfen nur auf Weisung des Einsatzleiters verwendet werden.
- DMO-Repeater im Modus 1A (Einkanal) sind im Bereich der Feuerwehr auf Löschfahrzeugen des ersten Angriffs, auf Einsatzleit- und Zugführungsfahrzeugen der Feuerwehr, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sowie bei den LuK-Einheiten des KatS (LuK-Gr) zulässig. Sie sind aus technischen Gründen auf Basis eines MRTs auszuführen. Die Erreichbarkeit der Einheit bzw. der Einsatzstelle für die Leitstelle ist hierbei sicherzustellen.

Der Repeaterbetrieb darf nur auf Weisung des Einsatzleiters geschaltet werden und ist der Leitstelle unverzüglich anzuzeigen. Es darf im Bereich einer Einsatzstelle in der Regel nur je ein Repeater pro Gruppe geschaltet werden. Ergänzend hierzu wird auf den Leitfaden „DMO Repeater Einsatz“ in seiner aktuellen Fassung verwiesen. Der Betrieb eines Repeaters darf nur im Stand des Fahrzeuges bzw. Gerätes und nicht an exponierten Standorten erfolgen. Zulässig ist ein Repeaterbetrieb auf den Gruppen **307_F*** ... **316_F***, **403_K***, **404_K*** und **603_R*** bis **607_R***.

Gebäudefunkanlagen als DMO-Repeater sind im Modus 1A ausschließlich auf den Gruppen **OV_1*** und **OV_4***; im Modus 1B (Zweikanal) ausschließlich auf den Gruppenpaaren **OV A** und **OV Reserve** zulässig. Die Schaltung der Repeater erfolgt manuell vor Ort bei Bedarf oder automatisiert über eine Brandmeldeanlage. Ein Dauerbetrieb ist nicht zulässig.

- Gateways:
 - 2m-Analogfunk/DMO:

Entsprechende Anlagen sind ausschließlich in Einsatzleitfahrzeugen und in Fahrzeugen der LuK-Einheiten des KatS (LuK-Gr) zulässig. Sie sind nur anzuwenden, sofern BOS, welche (noch) nicht über Digitalfunkgeräte verfügen,

in konkrete Einsatz- bzw. Übungsgeschehen eingebunden werden müssen. Aufgrund betrieblicher und sicherheitstechnischer Nachteile ist der Betrieb nach Maßgabe der jeweiligen Einsatzleitung auf das zwingend notwendige Maß zu beschränken.

- Andere Gatewaykombinationen (z.B. mit anderen als o.g. Netzen):
Sind im DMO nicht zulässig.

3.2. TMO (Netzbetrieb)

Im TMO ist die Nutzung folgender Anwendungen und Dienste aus betrieblichen bzw. fernmeldetaktischen Gründen beschränkt:

- Telefonie und Zielruf (Vollduplex-Einzelruf) ist grundsätzlich nicht zulässig und ist per Programmierung der Endgeräte technisch zu verhindern (Kapazitätsproblem).
- Automatisierte oder manuelle Fernbedienung/-steuerung mittels durch SDS übermittelte Kommandos bzw. Datenübertragung sind auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Störung des Funkverkehrs ist zu vermeiden. Gateways:
 - Analogfunk/TMO:
Entsprechende Anlagen sind ausschließlich in den Leitstellen und bei den LuK-Einheiten des KatS (LuK-Gr) zulässig und nur anzuwenden, sofern BOS, welche (noch) nicht über Digitalfunkgeräte verfügen und BOS, welche bereits über Digitalfunkgeräte verfügen und diese nutzen, zusammenarbeiten müssen. Aufgrund Störungsanfälligkeit und betrieblicher und sicherheitstechnischer Nachteile ist der Betrieb auf das zwingend notwendige zeitliche Maß zu beschränken. Die Anwendung durch die LuK-Einheiten des KatS bedarf der Zustimmung der zuständigen Leitstelle.
 - TMO/DMO-Gateway:
Aufgrund der Güte des Netzausbaus in Hessen erscheint ein Einsatz derzeit nicht erforderlich. Ein Betrieb ist daher der zuständigen Leitstelle anzuzeigen.
 - Andere Gatewaykombinationen (z.B. mit anderen als o.g. Netzen):
Sind im TMO nicht zulässig.

3.3. Konfiguration der Endgeräte („Codeplugs“)

Die Endgeräte der nichtpolizeilichen BOS in Hessen müssen zur Gewährleistung der Interoperabilität hinsichtlich der Leistungsmerkmale und Parameter sowohl im TMO als auch im DMO sowie des Fleetmappings den Vorgaben der Autorisierenden Stelle Hessen entsprechen (landeseinheitlicher „Codeplug“ für „HRT“, „HRT für MRT“ und „MRT“).

Die Funktionen des Codeplugs „HRT“ sind gegenüber dem des „MRT“ (bzw. „HRT für MRT“) beschränkt, um insbesondere nur von einem Gerät pro Fahrzeug eine Veränderung des taktischen Fahrzeugstatus zu ermöglichen aber auch, um die taktisch nur im Ausnahmefall sinnvolle Verwendung des Einzelrufs zu beschränken.

Aus diesem Grunde sind HRTs mit dem Codeplug „HRT für MRT“ auf Einsatzfahrzeugen nur anstelle eigentlich vorzuhaltender MRTs zulässig. Darüber hinaus ist der Codeplug „HRT für MRT“ zulässig für persönliche Geräte (siehe Abschnitt 6) und für HRTs für Ausbildungszwecke.

Um die Funktionsfähigkeit des Digitalfunks und die Kompatibilität der Endgeräte sicherzustellen, legt die Autorisierte Stellen Hessen fest, welche Parameter des Codeplugs nicht geändert werden dürfen. Es wird hierzu auf die diesbezüglichen Erlasse der AS Hessen verwiesen.

4. Kommunikation im Netzbetrieb / Leitstellenfunk

Bei Änderung von Gruppenbezeichnungen gelten die nachfolgenden Bestimmungen sinngemäß.

4.1. Betriebsgruppen

Grundsätzlich sind den Einsatzmitteln (ortsfeste Funkanlagen, mobile Funkanlagen als Fahrzeugfunkgeräte - sowie vergleichbar eingesetzte Handfunkgeräte) folgende TMO Gruppen als Betriebsgruppen außerhalb von Einsätzen und Übungen zugewiesen:

{Lkr.}_BG_RD für die Einheiten des Rettungsdienstes

{Lkr.}_BG_FW für die Feuerwehren, Einheiten des Katastrophenschutzes und sonstiger Einheiten.

Diese beiden Gruppen sind in der zuständigen Leitstelle in der Regel permanent geschaltet. Ein Ansprechen der Leitstelle erfolgt jedoch auch hier im Regelfall über Status „Sprechwunsch“ („5“).

Für Werkfeuerwehren mit ständig besetzter Wache bzw. eigener Einsatzdisposition sind eigene Gruppen **{Lkr.}_WF{Werkskürzel}** bzw. eigene Gruppenstrukturen analog einer kreisfreien Stadt (bei eigener Einsatzdisposition) vorhanden

4.2. Einsatzgruppen

Im Einsatz- und Übungsfall stehen folgende Einsatzgruppen zur Verfügung, auf die dann alle einem Einsatz zugewiesenen Einsatzmittel von Feuerwehr, Hilfsorganisationen, Rettungsdienst und KatS geschaltet werden.

{Lkr.}_EG1

(...) ({n}: Anzahl der Kommunen pro Landkreis)

{Lkr.}_EG{n}

{Lkr.}_WF (für Werkfeuerwehren)

{Lkr.}_RD (für rettungsdienstliche Lagen, sowie Sanitäts- und Betreuungsdienste)

In der Stadt Frankfurt stehen teilweise andere Gruppen (EG-Gruppen mit anderen Bezeichnungen) zur Verfügung.

Jeder Kommune ist eine Einsatzgruppe **{Lkr.}_EG(n)** durch die Leitstelle vorab zuzuweisen, die bedarfsweise zur Entlastung der Betriebsgruppe verwendet werden kann. Die Nutzung ist der

Leitstelle grundsätzlich für jedes Ereignis (Einsatzlage, Übung, BSD etc.) einmalig anzuzeigen. Die Leitstelle kann auf die Einzelanzeige durch eine allgemeine Regelung grundsätzlich oder in bestimmten Fällen verzichten.

Bei entsprechenden Großschadenslagen können die Gruppen von der Leitstelle auch anderweitig zugewiesen werden.

Die zuständige Leitstelle hört diese Gruppen nicht ständig mit und ist daher aus diesen Gruppen (nach Abschluss der Leitstellenmigration) ausschließlich per Status „Sprechwunsch“ ansprechbar.

4.3. Sondergruppen (siehe auch Einsatzstellenfunk)

Über die o.g. Betriebs- und Einsatzgruppen stehen noch folgende Gruppen nach funkbetrieblicher Weisung durch die zuständige Leitstelle bzw. nach entsprechenden terminlicher Vorplanungen zur Verfügung:

{Lkr.}_AUSB für Ausbildungsbetrieb aller npol BOS (insbes. Sprechfunkausbildung)

{Lkr.}_KATS-h insbes. für planbare Veranstaltungen unter Einsatz von KatS-Ausstattung

Weitere Gruppen aus dem Landes- oder Bundespool (TBZ-Gruppen) mit regionaler bis bundesweiter Gültigkeit stehen bei Bedarf auf Antrag über die AS Hessen zur Verfügung (Beantragung über die zuständige Leitstelle oder den Service-Point bei der AS Hessen – im AdHoc-Einsatzfall auch mündlich per Funk oder telefonisch).

Ein Schalten dieser Gruppen ohne entsprechende Zuweisung der AS Hessen oder entsprechende funkbetriebliche Weisung durch die zuständige Leitstelle ist nicht zulässig.

Die Erreichbarkeit der Leitstellen der Polizei ist grundsätzlich über die für nichtpolizeiliche BOS schaltbaren allgemeinen Anrufgruppen möglich (**HE_PP{Präsidium}_AAG**).

Für die örtliche Zusammenarbeit mit der Polizei stehen die Gruppen:

{Lkr.}_nPOL_POL bzw. **F_nPOL_POL {n}**

nach Zuweisung durch die zuständige Leitstelle hessenweit zur Verfügung.

Zur Kommunikation mit der Tunnelleitzentrale steht in den Kreisen mit von dort überwachten Straßentunneln die Gruppe

HE_TUNNEL_LZ

zur Verfügung.

Für weiträumige Kfz-Märsche steht die bundesweit gültige hesseneinheitliche Gruppe **MARSCH_NPOL** zur Kommunikation der marschierenden Einheiten untereinander zur Verfügung.

4.4. Nutzbarkeit / Gültigkeit

Die o.g. Gruppen sind – soweit nicht im Einzelfall anders vermerkt – im jeweiligen Landkreis/in der kreisfreien Stadt und in einem Bereich von mindestens 20 km außerhalb deren Grenzen gültig und nutzbar (Gruppenrufzone).

Bei Bedarf an einer Gruppenkommunikation in einem größeren räumlichen Umfeld sind die Gruppen **{Lkr.}_KATS-h und {Lkr.}_RD-h (sowie {Lkr.}_EA-BR-h)** mit einer hessenweiten Gültigkeit ausgestattet.

Darüber hinaus wird – insbesondere für bundesweite Bedarfe – auf Poolgruppen des Landes und des Bundes verwiesen.

4.5. Einbindung polizeilicher und nicht-hessischer nichtpolizeilicher Kräfte in Einsatzstrukturen

Den polizeilichen Kräften sowie den nichtpolizeilichen Kräften der Anrainer-Bundesländer stehen aufgrund von Begrenzungen der möglichen Gruppen pro Endgerät nicht alle Gruppen des hessischen npol-Fleetmappings zur Verfügung. In der Regel beschränkt sich die Gruppenverfügbarkeit auf die Anruf- und Betriebsgruppen der jeweiligen Leitstellen. Hier ist der entsprechende Einsatzfunkverkehr entweder auf diesen Gruppen (bei der Hess. Polizei auch auf den speziellen Zusammenarbeitsgruppen) abzuwickeln oder – nach Verfügbarkeit des Leistungsmerkmals – die betroffenen Gruppen zweier Organisationseinheiten sind über die Leitstelle zu „verschmelzen“ (nur ein Mal pro Gruppe möglich).

Die Bundesanstalt THW verfügt in ihren jeweiligen Geschäftsführerbereichen über das regionale – auf den Geschäftsführerbereich begrenzte – Fleetmapping des Landes Hessen.

Sondergruppen (die der Zustimmung der Leitstelle bedürfen) sowie zusätzliche Gruppenprogrammierungen an Landesgrenzen werden hier nicht weiter betrachtet, z.B. kommunale bilaterale Vereinbarungen.

4.6. Einsatz von Einzelruf (Halbduplex)

Der Regelbetrieb findet als Gruppenkommunikation statt!

Einzelruf (Halbduplex) ist nur zulässig, wenn dienstliche Gründe die direkte Kommunikation zweier Endstellen erfordern, weil:

- diese nicht per Gruppenruf kommunizieren können (z.B. außerhalb der Gruppenrufzone),
- der Inhalt der Nachricht zwingend eine Punkt-zu-Punkt-Kommunikation erfordert,
- bei einem Einsatz aufgrund der Beteiligung von nur einem Fahrzeug leitstellenseitig auf die Zuweisung einer eigenen Einsatzgruppe verzichtet wurde (z.B. im Rettungsdienst).

Die zuständige Leitstelle kann bei hohem Funkverkehrsaufkommen durch funkbetriebliche Weisung die Nutzung des Einzelrufs untersagen.

Hinweis:

Während der Dauer eines Einzelrufes wird Kommunikation in der geschalteten Gruppe nicht empfangen !

4.7. Einsatz von Zielruf (Vollduplex) und Telefonie

Ein Einsatz von Zielruf (Vollduplex) und Telefonie ist nur nach Einzelgenehmigung durch die oberste Landesbehörde zulässig (dies bedarf einer gesonderten Programmierung der betroffenen Endgeräte und der zugehörigen Netzparameter).

4.8. Einsatz von SDS-Textübertragung

SDS-Text wird genutzt zur Übermittlung von einsatzrelevanten Informationen (Textnachrichten, wie Einsatzaufträge/Einsatzinformationen, ggf. Lagemeldungen) zwischen der zuständigen Leitstelle und den zugeordneten Einsatzmitteln. Er kann auch zur Informationsübertragung von und zur zugeordneten sonstigen direkten Führungsstelle (ELW) bzw. deren rückwärtiger Einrichtung (Feststation)) eingesetzt werden.

Bei einer Übertragung an Einzeladressen (ISSI) ist zu beachten, dass andere Gruppenteilnehmer diese – eventuell für ihre Tätigkeit notwendige Information – nicht erhalten.

Eine Sonderform der SDS-Übertragung ist die Übermittlung von Standortinformationen (Positionsdatenübertragung) und die Fernanweisung/-steuerung.

4.9. SDS-Statusübertragung

Eine SDS-Statusübertragung findet in der Regel zwischen Einsatzmittel und zugeordneter Leitstelle statt. Sie kann auch von und zur zugeordneten sonstigen direkten Führungsstelle (ELW) bzw. deren rückwärtiger Einrichtung (Feststation)) eingesetzt werden. Eine Verarbeitung von Statusmeldungen organisationsfremder oder nicht taktisch oder fernmeldetechnisch unterstellter Einheiten unterliegt den Bestimmungen des Datenschutzes (siehe Erlass Zentrale Leitstellen / Datenschutz - Datenschutzgrundverordnung vom 30. August 2018)-. Daten, die nicht einsatzbezogen gespeichert wurden sind nach spätestens 12 Monaten zu löschen. Die bundesweit definierten Statuswerte ergeben sich aus Anlage 2. Die bundes- und landesseitig definierten Statuswerte sind abschließend. Eine Definition zusätzlicher Werte ist – mit Ausnahme der Zuordnung freier Fernwirk-Statuswerte zu konkreten Funktionen – nicht zulässig.

4.10. Besondere Regelungen für Handfunkgeräte des Einsatzstellenfunks

Handfunkgeräte werden grundsätzlich im DMO betrieben. Der Einsatzleiter kann, bei gesicherter Funkversorgung, auch den Betrieb im TMO anweisen.

Ausnahme sind die Funkgeräte, welche anstelle von Fahrzeugfunkgeräten eingesetzt werden oder die gemäß den „Regelungen aufgrund der Funkrichtlinie BOS“ persönlich zugeordnet sind (Geräte mit dem Codeplug „HRT für MRT“).

Unabhängig davon kann bei Einsätzen ohne Führungsfahrzeug vor Ort der Einheitsführer ein Handfunkgerät im TMO betreiben, um den direkten Kontakt zur Leitstelle aufrecht erhalten zu können.

5. Alarmierung im Digitalfunk

Aktuell ist in Hessen die Alarmierung über analoge Funkmeldeempfänger, über analoge Sirenen und über die digitalen APRT in der Verwendung. Durch den andauernden Rückbau der Analogtechnik wird die Alarmierung durch den TETRA Standard sukzessive abgelöst.

Als Rückfallebene bei etwaigen Störungen im TETRA-Netz steht der Analogfunk bis zum vollständigen Rückbau beschränkt zur Verfügung. Eine Benachrichtigung über das Mobiltelefon (Sprache, SMS oder App) stellt nach TR-BOS zwar kein geprüftes und zugelassenes Alarmierungssystem für die BOS dar, dennoch kann dieses in Ergänzung zu den bestehenden zugelassenen Alarmierungssystemen im Störfall als Redundanz verwendet werden. Die Schaffung derartiger Redundanzen wird empfohlen.

Im Zusammenhang mit einem lang andauernden und großflächigen Stromausfalls in Hessen ist die Rahmenempfehlung zur Einsatzplanung des Brand- und Katastrophenschutzes bei flächendeckendem, langandauerndem Stromausfall – dortige Anlage 1 Mustereinsatzplan Stromausfall zu beachten. Gemäß der darin aufgeführten Gefahrenabwehrstufe II (GA III) sind bei einem Stromausfall größer 60 Minuten die Feuerwehrehäuser zu besetzen und eine Ersatzstromversorgung vorzunehmen. Die „Alarmierung“ der Einsatzkräfte erfolgt dann jeweils direkt vor Ort.

Die Rahmenempfehlung steht auf der Internetseite des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport unter Sicherheit/Katastrophenschutz/Infothek zum Download zur Verfügung.

5.1. Tetra Alarmierung

Der Datendienst „Alarmierung“ ist im TETRA Interoperabilitätsprofil TTR001-21 „Callout“ standardisiert. Hierüber werden von einer berechtigten Stelle Alarmer oder Benachrichtigungen auf die Endgeräte der Einsatzkräfte übermittelt.

Als Endgeräte für die TETRA Alarmierung sind in Hessen grundsätzlich die Active Paging Radio Terminal (APRT) – auch TETRA Pager genannt – und die Siren Paging Radio Terminal (SPRT) – auch TETRA Sirenensteuergeräte genannt – im Einsatz.

Berechtigte auslösende Stellen für Alarmer sind:

- die integrierten Leitstellen der Städte- und Landkreise,
- die Landestechnik der ELW2 und der zugehörigen IuK-Einheit,

- die ständig besetzten Leitstellen von Werkfeuerwehren,
- die Autorisierte Stelle des Landes Hessen (AS Hessen).
- die Kommunen für eine Notalarmierung (z.B. bei nicht Verfügbarkeit der Leitstelle) oder für die Warnung der Bevölkerung

In ortsfesten- sowie in mobilen Befehlsstellen der Kommunen und Rettungs-/Hilfsorganisationen ist die Nutzung des Datendienstes „Callout“ zum Übermitteln von Informationsnachrichten („Severitylevel“ 0 und 1) auf die Endgeräte der zugehörigen Einsatzkräfte zugelassen.

Die Adressierung der APRT und SPRT erfolgt ausschließlich anhand ihrer teilnehmerindividuellen Rufnummer (Individual Short Subscriber Identity, „ISSI“) – Einzeladressierung oder unter Verwendung von Alarmierungsgruppenrufnummern (Group Short Subscriber ID, „GSSI“) in Ergänzung einer Sub-Adressierung - Gruppenadressierung.

5.2. TETRA-Pager (APRT)

Es ist zulässig in den APRT mehrere berechnete auslösende Stellen sowie mehrere zu alarmierende GSSI bzw. GSSI inklusive Sub-Adressen zu hinterlegen.

Die GSSI werden durch die Autorisierte Stelle Hessen den Nutzern fest zugewiesen. Die darin enthaltenen Sub-Adressen werden zunächst durch den jeweiligen Nutzer, der örtlichen Alarmplanung angepasst, zugeordnet. Aus Gründen der Vereinfachung bei Ausfall der EDV-unterstützten Alarmierung in den Leitstellen kann es sinnvoll sein, im Zuständigkeitsbereich der Leitstelle eine Grundstruktur festzulegen, um im Notfall eine schnelle Alarmierung durchführen zu können.

Bis zur Einführung der TLV Sub-Adressierung stehen max. 64 Untergruppen je GSSI zur Verfügung.

In einer Alarmierung sind max. 4 einzeladressierte Alarmierungen (ISSI) zulässig.

Insgesamt sollen pro Alarmierung max. 10 Callout-Nachrichten versendet werden, da ansonsten die Gefahr besteht, dass Alarmnachrichten verworfen werden.

Die aktive Alarmierung bietet u.a. die Möglichkeit eine Quittung bzw. Antwort auf die Alarmierungs-/Informationsnachricht zu senden. Aktive Rückmeldungen können sowohl als automatische Quittierung (Empfangsbestätigung) oder als manuelle Quittierung (Rückmeldung) übertragen werden. Die Quittierung erfolgt grundsätzlich auf Anforderung an die auslösende Stelle. Die Quittierung an andere (zusätzliche) berechnete Stelle(n), z.B. die ortsfesten- und mobilen Befehlsstellen der Kommunen, der Werkfeuerwehren oder Rettungs- und Hilfsorganisationen, ist zulässig.

5.3. TETRA-Sirenen (SPRT)


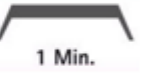
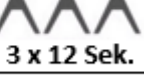
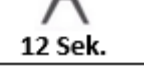
Zur Auslösung der TETRA Sirenensteuergeräte muss zusätzlich zur Einzel- oder Gruppenadressierung ein Steuersignal zur Auswahl des Heultones (Warnung, Entwarnung, Feuer, Probe) übertragen werden.

Als Signalisierungsstring ist eine Kombination aus einer Zeichenfolge (\$) gefolgt von vier Ziffern (0-9), vorgesehen. Es ist die Zeichenfolge \$2000 - \$2048 reserviert.

Der Bereich \$2000 - \$2009 ist dabei festgelegt, der Bereich \$2010 - \$2048 kann individuell nach örtlicher Vergabe für sonstige Steuerungsaufgaben über den SPRT frei genutzt werden. Eine zentrale Vergabe findet nicht statt.

Folgende Zuweisungen sind vorgegeben:

Bereich Alarmsignalisierung \$2000 - \$2009

String	Bedeutung	Heulton
\$2000	Warnung	1 Minute Heulton (auf- und abschwelend)  1 Min.
\$2001	Entwarnung	1 Minute Dauerton  1 Min.
\$2002	Feueralarm	1 Minute Dauerton, zweimal unterbrochen  3 x 12 Sek.
\$2003	Probealarm	Kurzanlauf 12s  12 Sek.
\$2004	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS
\$2005	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS
\$2006	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS
\$2007	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS
\$2008	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS
\$2009	frei	Reserve - Vergabe durch HMdIS

Bereich individuelle Steuerungen \$2010 - \$2048

String	Bedeutung
\$2010	individuelle örtliche Vergabe
bis	individuelle örtliche Vergabe
\$2048	individuelle örtliche Vergabe

Die Verwendung von SPRT zur Steuerung von Schaltvorgängen in Verbindung mit Alarmierungen der BOS sind auch ohne den Anschluss von Sirenen zugelassen.

Es ist zulässig in den SPRT mehrere berechnete auslösende Stellen sowie mehrere zu alarmierende GSSI bzw. GSSI inklusive Sub-Adressen zu hinterlegen.

Die GSSI werden durch die Autorisierte Stelle Hessen den Nutzern fest zugewiesen. Die darin enthaltenen Sub-Adressen werden zunächst durch den jeweiligen Nutzer, der örtlichen Alarmplanung angepasst, zugeordnet. Aus Gründen der Vereinfachung bei Ausfall der EDV-unterstützten Alarmierung in den Leitstellen ist es sinnvoll, im Zuständigkeitsbereich der Leitstelle eine Grundstruktur festzulegen, um im Notfall eine schnelle Alarmierung durchführen zu können.

Bis zur Einführung der TLV Sub-Adressierung stehen max. 64 Untergruppen je GSSI zur Verfügung.

Eine Einzelalarmierung (ISSI) ist für bis zu 3 Sirenen pro Orts-/Stadtteil zulässig. Werden mehr als 3 Sirenen in einem Orts-/Stadtteil alarmiert, so ist eine Gruppenalarmierung über GSSI bzw. GSSI + Sub-Adresse zu verwenden.

Insgesamt sollen pro Alarmierung max. 10 Callout-Nachrichten versendet werden, da ansonsten die Gefahr besteht, dass Alarmnachrichten verworfen werden.

Die aktive Alarmierung bietet auch bei den SPRT die Möglichkeit automatisierte Rück- und Funktionsmeldungen zu senden. Die Quittierung erfolgt grundsätzlich auf Anforderung an die auslösende Stelle. Die Quittierung an andere (zusätzliche) berechnigte Stelle(n), z.B. die ortsfesten- und mobilen Befehlsstellen der Kommunen, der Werkfeuerwehren oder Rettungs- und Hilfsorganisationen, ist zulässig.

6. Einsatzstellenfunk (siehe auch Fm-Skizzen 1 – 6 als Anlage 4)

Die Betriebsart für den Funkverkehr an Einsatz- und Übungsstellen ist:

1. auf der obersten Führungsebene an Einsatzstellen mit Abschnittsbildung:
TMO
2. in Fällen, welche eine erweiterte Flächenversorgung erfordern:
TMO
(z.B. bei Wasserförderung über lange Wege, Pendelverkehr, großflächige Betreuungs- und Sanitätseinsätze, Anfahrt zu Bereitstellungsräumen)
3. **in allen sonstigen Fällen (Regelfall):**
DMO, ggf. DMO mit Repeater
(im Falle einer vorhandenen Gebäudefunkanlage sind die Gruppen der Gebäudefunkanlage hierfür nutzbar).

Hierfür stehen folgende Gesprächsgruppen zur Verfügung:

zu 1. die TMO-Gruppe:

{Lkr.}_EL nach funkbetrieblicher Weisung durch die zuständige Leitstelle (Gültigkeit im jeweiligen Landkreis zzgl. Randgebiete).

zu 2. die TMO-Gruppen:

{Lkr.}_EA_A, {Lkr.}_EA_B sowie **{Lkr.}_EA_BR-h** (primär für Bereitstellungsräume) nach funkbetrieblicher Weisung durch die zuständige Leitstelle (Gültigkeit im jeweiligen Landkreis zzgl. Randgebiete).

In der Stadt Frankfurt stehen hier andere Gruppen bzw. Gruppen mit anderen Bezeichnungen zur Verfügung.

zu 3. die DMO-Gruppen:

307_F* ... 316_F* (insgesamt 10 Gruppen)

Nach einem DMO-Zuteilungsraster (Anlage 3) wird jeder Kommune eine Gruppe (bei kreisfreien Städten auch mehrere Gruppen zur eigenständigen organisatorischen Aufteilung des Stadtgebietes) als vorrangig zu nutzende Präferenzgruppe zugewiesen. Diese ist auch die standardmäßig zu schaltende Betriebsgruppe für die für den Einsatzstellenfunkverkehr vorgesehenen Funkgeräte (HRT).

Weitere Gruppen aus obenstehender Auflistung können bei Bedarf (Abschnittsbildung) auf Weisung des Einsatzleiters ohne weitere Genehmigung geschaltet werden. Hierbei wird für die erste entsprechende Gruppe hessenweit die Gruppe **310_F*** freigehalten.

Als weitere Gruppen für die Abschnittsbildung sind vorzugsweise folgende Gruppen zu nutzen (siehe auch Fm-Skizzen 1 – 6 als Anlage 4):

311_F* ... 316_F* (bei kreisfreien Städten) und

307_F* ... 309_F* (außerhalb der kreisfreien Städte).

Für Werkfeuerwehren können – so der Bedarf besteht – andere DMO-Gruppen aus dem o.g. Bereich zugewiesen werden, die im Nahbereich nicht als kommunale Präferenzgruppe verwendet werden (i.d.R. bietet sich hierzu die Gruppe **312_F*** an, welche in Hessen nur punktuell als kommunale Präferenzgruppe verwendet wird).

Betrieblich-taktischer Hinweis:

Die Fernmeldeorganisation folgt zwingend der gebotenen taktischen Führungsorganisation (FwDV 100) auf Zug- bzw. Abschnittsebene, ein abschnittsübergreifende Nutzung von Gruppen für z.B. „zentrale Atemschutzüberwachung“ mit Abkopplung der Arbeitsebene von ihrem taktischen Führer ist daher weder sinnvoll noch zulässig.

Die anliegenden Fernmeldeskizzen sind für entsprechende Lagen und sinngemäß auch auf vergleichbare Lagen anzuwenden!

Im Falle einer Gebäudefunkanlage sind bei:

- einer DMO-Gebäudefunkanlage die Gruppen **OV_1*** und/oder **OV_4*** im Repeater-Modus 1A bzw. **OV A** und/oder **OV Reserve** im Repeater-Modus 1B ohne weitere Genehmigung nutzbar,

Betrieblich-taktischer Hinweis:

*Eine DMO-Gebäudefunkanlage wird in der Regel dort eingesetzt, wo ausschließlich aus Gründen des Brand- und Katastrophenschutzes eine Inhouse-Versorgung sichergestellt werden muss. Diese wird im Modus 1A auf den Gruppen bzw. Kanälen **OV_1** und/oder **OV_4** und im Modus 1B auf der Gruppe bzw. Kanal **OV A** betrieben, im Falle einer Anlage im Modus 1B mit zwei Gesprächsgruppen auch auf der Gruppe bzw. Kanal **OV Reserve**. Die Gebäudefunkanlage selbst ist genehmigungspflichtig!*

- einer TMO-Gebädefunkanlage die Gruppen {Lkr.}_EA_A und/oder {Lkr.}_EA_B nach funkbetrieblicher Weisung durch die zuständige Leitstelle nutzbar.

Betrieblich-taktischer Hinweis:

Eine TMO-Gebädefunkanlage wird in der Regel dort eingesetzt, wo entweder:

- den öffentlichen Straßenverkehr gewidmete Anlagen versorgt werden müssen
- aufgrund von außerhalb der HBO bzw. des HBKG liegender Rechtsgrundlagen eine permanente Inhouse-Versorgung sichergestellt werden muss.

Im Bereich der TMO-Gebädefunkanlage sind alle TMO-Gruppen nutzbar, die auch im umliegenden Freifeld zur Verfügung stehen.

Die Gebädefunkanlage selbst ist genehmigungspflichtig !

Darüber hinaus stehen noch weitere **DMO-Gruppen** zur Nutzung ohne weitere Genehmigung zur Verfügung:

- **603_R*** ... **607_R*** für den Bereich Rettungsdienst, Sanitäts- und Betreuungsdienst sowie Wasserrettung.

Die Gruppe **603_R*** ist vorgenannten Kräften außerhalb einer Beteiligung an Einsätzen der täglichen Gefahrenabwehr oder des Katastrophenschutzes als vorrangig zu nutzende Präferenzgruppe zugewiesen.

- **403_K*** und **404_K*** für sonstige organisationsübergreifende Zusammenarbeit an Einsatz- und Übungsstellen sowie für Sonderanwendungen im Rahmen von Einsätzen.
- **Marschkanal** für die Kommunikation innerhalb von Marschverbänden.

Für planbare Ereignisse ist die Verwendung von vorstehenden Gruppen und von Gruppen nach Nr. 2 und Nr.3 bei der Leitstelle schriftlich anzuzeigen..

Das Schalten der DMO-Gruppen des Bundes (**7xx_B**) ist ohne fernmeldebetriebliche Zustimmung eines berechtigten Nutzers dieser Gruppen (Bundespolizei, THW) ausdrücklich untersagt.

Die Nutzung der im Schutzbereich des „Effelsberg-Radioteleskopes“ ausgeschlossenen DMO-Gruppen (ohne „*“ am Ende der Gruppenbezeichnung) ist untersagt. Ausnahmen hiervon bedürfen im Einzelfall der Zustimmung der AS Hessen.

7. Regelungen aufgrund der Bestimmungen der Funkrichtlinie BOS

Auf die Regelung der Funkrichtlinie BOS, dass Funkanlagen nur von Berechtigten im BOS Funk im Zusammenhang mit der Erledigung ihres Auftrags betrieben werden dürfen, wird hingewiesen. Sofern ausnahmsweise bestimmten Funktionsträgern eines Berechtigten auch außerhalb eines konkreten Auftrags gestattet werden soll, Fahrzeugfunkanlagen in anderen Fahrzeugen als Dienstfahrzeugen zu betreiben (z.B. im Privat-Kfz) oder Handfunkgeräte mitzuführen, ist dazu eine schriftliche Zustimmung der jeweiligen obersten Bundes- oder Landesbehörde (hier: des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport) oder der von ihr bestimmten Stelle erforderlich. Diese ist mitzuführen und Berechtigten auf Verlangen

vorzuzeigen. Es wird empfohlen, die Zustimmung in vorhandene Dienstaussweise einzutragen oder Ausweise nach dem Muster der Anlage 1 auszustellen.

Hierzu gelten – unbenommen weiterer Zustimmungen im Einzelfall durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport – folgende allgemeine Regelungen:

- der Einbau und Betrieb von Fahrzeugfunkanlagen (MRT) in Privatfahrzeugen wird nicht gestattet
- das Mitführen von Handfunkgeräten (auch mit dem Codeplug „HRT für MRT“) außerhalb eines konkreten Auftrages (auch in Privatfahrzeugen) aus einsatztaktischen Gründen (personengebundene Führungsaufgabe) ist grundsätzlich nur für folgende Funktionen gestattet:
 1. der Leitung der Gemeindefeuerwehr (gemäß HBKG § 12 Absatz 1, Absatz 9 sowie 10, jeweils erster Satz), der Leitung der Werkfeuerwehr (gemäß HBKG § 14 Absatz 2) sowie deren gewählte bzw. benannte Vertretungspersonen,
 2. den Aufsichtsbehörden, sofern sie ständig oder im Einzelfall ermächtigt sind die Einsatzleitung gemäß § 41 Absatz 1 Satz 4 HBKG zu übernehmen,
 3. den mit Aufgaben des Brand-, Katastrophenschutzes und der Kampfmittelräumung betrauten Personen des Ministeriums des Innern und für Sport und der Regierungspräsidien (einschließlich Leitstellentechnischem Dienst) sowie der Landesfeuerwehrschule
 4. den für die Einsatzleitung Rettungsdienst gemäß § 7 Absatz 1 HRDG durch den Träger des Rettungsdienstes planmäßig vorgesehen Personen,
 5. der für die einsatztaktische Organisation der Hilfsorganisationen (§ 27 Absatz 3 Satz 3 HBKG) auf Landkreisebene (oder darüber) zuständige Person sowie deren benannten Vertretungspersonen. Die einsatztaktische Notwendigkeit bedarf einer schriftlichen Bestätigung durch den jeweiligen Landesverband der Hilfsorganisation,
 6. den vom Landkreis bzw. der kreisfreien Stadt bestimmten Fachverantwortlichen LuK (S6 bzw. Fernmeldesachbearbeiter).

Für vorgenannte Funktionen stellt die jeweilige Behörde bzw. Organisation selbst nach Vorliegen der beschriebenen Voraussetzungen und nach Nachweis der notwendigen Ausbildung (entsprechend bzw. analog zur FwDV 2 Pkt. 3.1) als „hierfür bestimmte Stelle“ die entsprechende Bescheinigung unter Verweis auf diese Regelung aus. Für die Berechtigten nach Nr. 1 hat dies bei kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Benehmen mit der jeweiligen Aufsichtsbehörde zu erfolgen.

- Der Betrieb der Geräte ist ausschließlich bei dienstlicher Notwendigkeit (insbesondere im Einsatz- und Übungsfall) zulässig.

8. Feststationen

Aufgrund betrieblicher Regelungen der BDBOS und um ineffektive Netzlasten zu vermeiden ist die Verwendung von Feststationen (FRT) und insbesondere die Schaltung ortsfremder Gruppen durch diese auf das zwingend erforderliche Maß zu beschränken.

Ein Betrieb von Feststationen oder sonstiger an ortsfeste Antennen angeschlossener Funkanlagen im DMO ist aufgrund frequenzrechtlicher Bestimmungen im Regelbetrieb ausdrücklich untersagt.

Ausnahmen bestehen für Anlagen der Objektversorgung (mit oder ohne Gebäudefunk) und für den Notbetrieb bei einem Ausfall der Funkversorgung

Bei Liegenschaften, in denen für Veranstaltungen und ähnliches regelmäßig Personal als Brandsicherheitsdienst o.ä. vorgehalten bzw. disponiert wird, können FRTs entsprechend dem mit der den Fernmeldeeinsatz planenden Stelle des Landkreises/der kreisfreien Stadt abgestimmten taktischen Bedarf errichtet werden. Die Funkanlagen dürfen ausschließlich während der Veranstaltungen betrieben werden. Sofern es sich nicht um Liegenschaften der BOS selbst handelt, sind die Feststationen gegen unbefugten Gebrauch zu sichern. Bei Liegenschaften, bei denen die Kommunikationsplanung DMO-Betrieb vorsieht, dürfen die zugeordneten FRT auch im DMO-Modus betrieben werden. Die Antennenanlage ist auf ein Maß zu bedämpfen, dass die zu versorgende Fläche durch diese gerade noch hinreichend versorgt wird.

Permanent errichtete Feststationen sind an Außenantennen zu betreiben. Die diesbezüglichen Regelungen der BDBOS sind zu beachten.

9. Funkplanung

Insbesondere für größere Schadenslagen sind durch den Landkreis / die kreisfreie Stadt entsprechend § 4 Abs. 1 Nr. 4 und § 29 Abs. 1 Nr. 4 HBKG Rahmenplanungen für eine Gruppenvergabe nach Maßgabe der Fm-Skizzen der Anlage 4 durchzuführen, welche grundsätzlich für Einsätze im entsprechenden Zuständigkeitsbereich für alle am Digitalfunk beteiligten Stellen bindend sind.

Die mit dieser Planung jeweils betrauten Stellen sollen auch bei der Ad-Hoc Planung sonstiger größerer Schadenslagen im Zuständigkeitsbereich beteiligt werden (z.B durch das Sachgebiet S6 des KatS-Stabes).

In diesem Sinne besteht hierfür eine Weisungsbefugnis gegenüber der Leitstelle.

Sofern die im Rahmenplan vorgesehene Gruppennutzung aufgrund dieser betrieblich-taktischen Regelungen nur nach Weisung der Leitstelle zulässig ist, erfolgt die entsprechende funkbetriebliche Weisung im Einsatzfall nach Anforderung von dort.

10. Sicherheit

Das BOS-Digitalfunknetz dient den BOS als geschlossene Benutzergruppe zur Kommunikation, deren Inhalte vielfach vertraulich sind bzw. aufgrund verschiedener Rechtgrundlagen gegen unbefugte Kenntnisnahme zu schützen sind. Neben der systembedingten Luftschnittstellenverschlüsselung wird eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung der Sprache durchgeführt. Diese Verschlüsselung wird durch die BOS-Sicherheitskarte realisiert. Alle Endgeräte mit BOS-Sicherheitskarte definieren den geschlossenen Benutzerkreis des BOS-Digitalfunks.

Damit der Schutz des geschlossenen Benutzerkreises nicht umgangen wird, müssen organisatorische Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung ergriffen werden. Mittels der Funktionalitäten des BOS-Funknetzes und der BOS-Sicherheitskarte können einzelne Teilnehmer vom Funk- und Datenverkehr temporär oder dauerhaft ausgeschlossen werden.

Beim Umgang mit BOS-Sicherheitskarten bzw. mit Endgeräten mit eingelegten BOS-Sicherheitskarten ist Folgendes – soweit ggf. unter Einsatzbedingungen möglich – zu beachten:

- Neue personalisierte BOS-Sicherheitskarten werden in gesperrtem Zustand durch die AS Hessen über die Servicepoints ausgeliefert. Die Aktivierung erfolgt erst nach Rückmeldung der zugehörigen Endgerätedaten über den Servicepoint.
- Falls eine BOS-Sicherheitskarte zur AS Hessen zurückgesandt werden soll (z.B. zwecks Umprogrammierung), so ist vor dem Versand die AS Hessen zu informieren, damit die Karte temporär gesperrt werden kann. Die Mitteilung über die Sperrung ist abzuwarten, erst dann darf der Versand erfolgen.
- Bei Reparaturen von Endgeräten sind vor dem Versand/Transport zur Reparaturstätte die Sicherheitskarten zu entnehmen und sicher zu verwahren.
- Bei externen Werkstattaufenthalten o.ä. von Fahrzeugen mit fest verbauten Endgeräten (MRT) sind vor der Übergabe an die Werkstatt die Sicherheitskarten zu entnehmen oder über die AS Hessen temporär zu sperren. Tragbare Endgeräte sind zu entnehmen. Von Vorgenanntem kann abgesehen werden, wenn der Werkstattaufenthalt o.ä. voraussichtlich weniger als einen Tag beträgt und die aktive Benutzung der Funkanlage anderweitig weitgehend verhindert wird (z.B. durch Abstecken / Entfernen der Besprechungseinrichtung) sowie bei Rückübernahme des Fahrzeuges von der Werkstatt das Vorhandensein der Sicherheitskarten überprüft wird.
- Der Bestand an Funkgeräten ohne feste Fahrzeug-/Funktionszuordnung (z.B. Reserve- und Ausbildungsgeräte) ist regelmäßig zu kontrollieren.
- Nicht benötigte Sicherheitskarten sind verschlossen zu lagern und dürfen nur den damit betrauten Personen zugänglich sein.
- Im Rahmen der regelmäßigen Kontrollen von Fahrzeugen und Beladung (z.B. bei Schichtwechsel) ist auch der Bestand an Funkgeräten zu kontrollieren.

- An Einsatzstellen und anderen Orten, an denen Einsatzfahrzeuge im Rahmen eines Einsatzes/Auftrages geparkt werden und öffentlich zugänglich sind, sind die Fahrzeuge – sofern sie nicht verschlossen sind – ständig durch mindestens eine Person zu beaufsichtigen.
- Insbesondere nach größeren Einsätzen und Übungen ist der Bestand an tragbaren Funkgeräten auf den Fahrzeugen zu kontrollieren.
- Bei fest verbauten Endgeräten (z.B. FRT, Sirenensteuerempfänger, Objektfunkanlagen) ist sicherzustellen, dass die Technik nur befugten Personen zugänglich ist und keinesfalls von Bereichen mit Publikumsverkehr aus direkt zugänglich ist.
- Die BOS-Angehörigen sind regelmäßig auf die Betrieblichen Regelungen einschließlich der Sicherheitsbestimmungen hinzuweisen.
- Verluste von Endgeräten und Sicherheitskarten sind unverzüglich auf dem Dienstweg an die AS Hessen zu melden.
- Es ist zu beachten, dass im Rahmen polizeilicher Maßnahmen aufgefundene BOS-Funkgeräte in privaten Räumlichkeiten oder Fahrzeugen sichergestellt werden können, bis der Sachverhalt geklärt ist. Auf das Mitführen eines entsprechenden Berechtigungsnachweises (siehe Kapitel 6 bzw. Anlage 1) wird daher nochmals hingewiesen.

11. Aufsicht

Die funkbetriebliche Aufsicht obliegt als ständige Aufgabe den Leitstellen und der AS Hessen.

Die Leitstellen nehmen hierbei in Doppelfunktion sowohl die Aufgabe einer nachgeordneten Unterstützungseinrichtung der Technischen Einsatzleitung(en) gemäß § 54 Abs. 1 HBKG wahr und haben insofern Anforderungen der Technischen Einsatzleitung(en) hinsichtlich taktischen Bedarf an Fernmelderessourcen, z.B. anhand bestehender Rahmenplanungen im Rahmen der Verfügbarkeit umzusetzen.

Andererseits nehmen sie eine eigenständige funkbetriebliche Aufsichtsfunktion als ständige Aufgabe wahr.

Die Grenzen der Weisungsbindung der Leitstelle gemäß 54 Abs. 1 HBKG ergibt sich daher aus dem übergeordneten Auftrag, eine größtmögliche Nutzbarkeit des Digitalfunknetzes für alle Teilnehmer des Zuständigkeitsbereiches sicherzustellen. Zur Sicherstellung des ordnungsmäßigen Netzbetriebes ist die Leitstelle allen BOS- bzw. Digitalfunknutzern in ihrem Zuständigkeitsbereich in funkbetrieblichen Belangen weisungsbefugt.

Die Funktion der oberen funkbetrieblichen Aufsicht wird durch die AS Hessen wahrgenommen. Ihren betrieblichen Weisungen ist Folge zu leisten. Bei fortgesetztem Verstoß gegen Weisungen der Leitstelle oder der AS Hessen, gegen die betrieblichen Regelungen im Allgemeinen oder bei einer Gefährdung der Verfügbarkeit des Funknetzes ist die AS Hessen im Benehmen mit der zuständigen Leitstelle ermächtigt, die entsprechenden Funkanlagen von einer weiteren Teilnahme im Digitalfunknetz organisatorisch oder technisch auszuschließen. Auf einsatztaktische Notwendigkeiten ist hierbei Rücksicht zu nehmen.

Anlagenverzeichnis:

- Anlage 1:
Muster eines Ausweises zur Mitführung von BOS-Funkgeräten außerhalb konkreter Aufträge
- Anlage 2:
Definierte Statuswerte
- Anlage 3:
Primäre DMO Gruppen der Gemeinden in Hessen
- Anlage 4:
Beispiel-Fernmeldeskizzen

Ausweis zur Mitführung von BOS-Funkgeräten außerhalb konkreter Aufträge

Muster eines Ausweises im Scheckkartenformat (Vorder- und Rückseite):

BOS-Digitalfunk		Katastrophenschutz
Ausweis Nr.	001	Nur gültig mit Dienstsiegel.
Gültig bis	31.12.2025	
Herr Michael Mustermann		ist berechtigt, ein TETRA-Handfunkgerät der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auch außerhalb eines konkreten Einsatzauftrages betriebsbereit mitzuführen. Die Genehmigung erfolgt aufgrund der Betrieblich-taktischen Regelungen "npol" im Digitalfunk der BOS Hessen, ausgegeben vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.
Fachverantwortlicher IuK des Landkreises Musterstadt	Im Auftrag	
Landkreis Musterstadt		Landkreis Musterstadt

Alternativ ist die Eintragung in einen sonstigen Dienstausweis mit nachstehendem Text möglich:

Der Inhaber des Ausweises ist berechtigt, ein TETRA-Handfunkgerät der BOS auch außerhalb eines konkreten Einsatzauftrages betriebsbereit mitzuführen. Die Genehmigung erfolgt aufgrund der Betrieblich-taktischen Regelungen „npol“ im Digitalfunk, ausgegeben vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport.

Definierte Statuswerte

Vom Fahrzeug zur Leitstelle:

Status / Taste	Anzeigetext	Erläuterung	Gültigkeit	Statuscode
0	Prio.Sprechen	Priorisierter Sprechwunsch (entspr. Beförderungsvermerk „Sofort“ nach DV 810-3)	Bund	32770 / 8002h
1	E-bereit Funk	Einsatzbereit über Funk/auf Streife	Bund	32771 / 8003h
2	E-bereit Wache	Einsatzbereit auf Wache	Bund	32772 / 8004h
3	Einsatzübernahme	Einsatz übernommen	Bund	32773 / 8005h
4	Einsatzort eing.	Am Einsatzort eingetroffen	Bund	32774 / 8006h
5	Sprechwunsch	Sprechwunsch (einsatzbezogen) (entspr. Beförderungsvermerk „Normal“ nach DV 810-3)	Bund	32775 / 8007h
6	Nicht E-bereit	Nicht Einsatzbereit	Bund	32776 / 8008h
7	Einsatzgebunden	keine weiteren Aufträge möglich (Im Einsatz gebunden bzw. <u>Patient aufgenommen (RD)</u>)	Bund	32777 / 8009h
8	Bed. Verfügbar	eingeschränkt verfügbar Einsatzbereit mit eigenem Auftrag (z.B. aktuelle Kontrollmaßnahme, <u>am Zielort eingetroffen (RD)</u>)	Bund	32778 / 800Ah
9	Fremdanmeldung (oder nach Regelung im Leitstellenbereich)	Fremdanmeldung z.b.V. nach Regelung im Leitstellenbereich	Bund	32779 / 800Bh
*	Einsatzauftrag?	Anforderung des Einsatzauftrages und der Einsatzzuordnung	Land	34650 / 875Ah

Von Leitstelle zum Fahrzeug:

Status / Taste	Anzeigetext	Erläuterung	Gültigkeit	Statuscode
	Einrücken	Einsatz abbrechen, Standort anfahren	Bund AluK	37403 / 921Bh
	Lagemeldung?	Aufforderung zur Abgabe einer Lagemeldung	Bund AluK	37404 / 921Ch
A	An alle	Aufmerksamkeitsruf (an alle)	Bund	33010 / 80F2h
E	Eigensicherung	Eigensicherung	Bund	33011 / 80F3h
C	Melden	Melden für Einsatz	Bund	33012 / 80F4h
F	Telefon	Über Telefon melden	Bund	33013 / 80F5h
H	Wache anfahren	Dienststelle anfahren	Bund	33014 / 80F6h
J	Sprechen!	Sprechaufforderung	Bund	33015 / 80F7h
L	entlassen	Aus Einsatz entlassen	Bund	33016 / 80F8h
P	SR zugelassen	Sonder- bzw. Wegerecht möglich	Bund	33017 / 80F9h
U	Status ungültig	Akt. Status ungültig / Status aktualisieren	Bund	33018 / 80FAh
c	abgestellt	Für sonstige Dienstgeschäfte abgestellt	Bund	33019 / 80FBh
d	positiv	EDV positiv	Bund	33020 / 80FCh
h	Standort?	Standort durchgeben	Bund	33021 / 80FDh
o	negativ	EDV negativ	Bund	33022 / 80FEh
u	Gerät überprüfen	Status/Funkgerät überprüfen	Bund	33023 / 80FFh

Folgende Statuswerte können pauschal Anwenderspezifisch für Zustandsmitteilungen oder Fernwirkfunktionen verwendet werden.

Dezimal 34796 bis 34815 (Hexadezimal 87EC bis 87FF)

Hierbei ist durch technische Maßnahmen sicherzustellen, dass die die Statuswerte auswertende Stelle nur die Statuswerte der ihr zugeordneten Einheiten auswertet, um – insbesondere bei Fernwirkfunktionalitäten – Fehlsteuerungen zu vermeiden.

Primäre DMO Gruppen der Gemeinden in Hessen

(nach Frequenzverschiebung oberhalb 406 MHz)

Anlage 3

Für die Gemeinden werden die in der Tabelle angeführten DMO-Gruppen als primäre Gruppen zugewiesen (zur Vereinfachung ohne nachstehendes „_F*“ geschrieben).

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Kassel, HLFS	Landesfeuerwehrschule	321 bis 326
<i>Achtung: o.g. Gruppen nur außerhalb der „Effelsberg-Schutzbereich“ zulässig !</i>		
		311
Darmstadt	Kreisfreie Stadt	307 , 308, 309
Frankfurt am Main	Kreisfreie Stadt	307 , 308 , 309 , 316
Hanau	(sofern kreisfreie Stadt)	307, 308, 309
Kassel	Kreisfreie Stadt	307 , 308 , 309
Offenbach am Main	Kreisfreie Stadt	314 , 315
Wiesbaden	Kreisfreie Stadt	307 , 308 , 309
Abtsteinach	Bergstraße	314
Bensheim	Bergstraße	315
Biblis	Bergstraße	315
Birkenau	Bergstraße	311
Bürstadt	Bergstraße	314
Einhausen	Bergstraße	311
Fürth	Bergstraße	316
Gorxheimertal	Bergstraße	316
Grasellenbach	Bergstraße	313
Groß-Rohrheim	Bergstraße	316
Heppenheim (Bergstraße)	Bergstraße	314
Hirschhorn (Neckar)	Bergstraße	314
Lampertheim	Bergstraße	313
Lautertal (Odenwald)	Bergstraße	311
Lindenfels	Bergstraße	313
Lorsch	Bergstraße	316
Mörlenbach	Bergstraße	313
Neckarsteinach	Bergstraße	311
Rimbach	Bergstraße	315
Viernheim	Bergstraße	311
Wald-Michelbach	Bergstraße	311
Zwingenberg	Bergstraße	313
Alsbach-Hähnlein	Darmstadt-Dieburg	311
Babenhausen	Darmstadt-Dieburg	316
Bickenbach	Darmstadt-Dieburg	314
Dieburg	Darmstadt-Dieburg	313
Eppertshausen	Darmstadt-Dieburg	314
Erzhausen	Darmstadt-Dieburg	314
Fischbachtal	Darmstadt-Dieburg	311
Griesheim	Darmstadt-Dieburg	311
Groß-Bieberau	Darmstadt-Dieburg	316
Groß-Umstadt	Darmstadt-Dieburg	314
Groß-Zimmern	Darmstadt-Dieburg	316
Messel	Darmstadt-Dieburg	315
Modautal	Darmstadt-Dieburg	315
Mühltal	Darmstadt-Dieburg	311
Münster	Darmstadt-Dieburg	311
Ober-Ramstadt	Darmstadt-Dieburg	313
Otzberg	Darmstadt-Dieburg	311
Pfungstadt	Darmstadt-Dieburg	315
Reinheim	Darmstadt-Dieburg	315
Roßdorf	Darmstadt-Dieburg	314

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Schaafheim	Darmstadt-Dieburg	315
Seeheim-Jugenheim	Darmstadt-Dieburg	316
Weiterstadt	Darmstadt-Dieburg	313
Biebesheim am Rhein	Groß-Gerau	314
Bischofsheim	Groß-Gerau	315
Büttelborn	Groß-Gerau	315
Gernsheim	Groß-Gerau	313
Ginsheim-Gustavsburg	Groß-Gerau	314
Groß-Gerau	Groß-Gerau	314
Kelsterbach	Groß-Gerau	315
Mörfelden-Walldorf	Groß-Gerau	311
Nauheim	Groß-Gerau	313
Raunheim	Groß-Gerau	311
Riedstadt	Groß-Gerau	316
Rüsselsheim	Groß-Gerau	316
Stockstadt am Rhein	Groß-Gerau	315
Trebur	Groß-Gerau	311
Bad Homburg v.d. Höhe	Hochtaunus	314
Friedrichsdorf	Hochtaunus	315
Glashütten	Hochtaunus	316
Grävenwiesbach	Hochtaunus	315
Königstein im Taunus	Hochtaunus	314
Kronberg im Taunus	Hochtaunus	316
Neu-Anspach	Hochtaunus	316
Oberursel (Taunus)	Hochtaunus	315
Schmitten	Hochtaunus	311
Steinbach (Taunus)	Hochtaunus	311
Usingen	Hochtaunus	311
Wehrheim	Hochtaunus	313
Weilrod	Hochtaunus	313
Bad Orb	Main-Kinzig	313
Bad Soden-Salmünster	Main-Kinzig	311
Biebergemünd	Main-Kinzig	311
Birstein	Main-Kinzig	313
Brachtal	Main-Kinzig	314
Bruchköbel	Main-Kinzig	315
Erlensee	Main-Kinzig	313
Flörsbachtal	Main-Kinzig	316
Freigericht	Main-Kinzig	313
Gelnhausen	Main-Kinzig	314
Großkrotzenburg	Main-Kinzig	313
Gründau	Main-Kinzig	311
Hammersbach	Main-Kinzig	311
Hanau (sofern kreisangehörig)	Main-Kinzig	314
Hasselroth	Main-Kinzig	315
Jossgrund	Main-Kinzig	314
Langenselbold	Main-Kinzig	316
Linsengericht	Main-Kinzig	316
Maintal	Main-Kinzig	311
Neuberg	Main-Kinzig	314
Nidderau	Main-Kinzig	316
Niederdorfelden	Main-Kinzig	314

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Rodenbach	Main-Kinzig	311
Ronneburg	Main-Kinzig	313
Schlüchtern	Main-Kinzig	316
Schöneck	Main-Kinzig	313
Sinntal	Main-Kinzig	311
Steinau an der Straße	Main-Kinzig	314
Wächtersbach	Main-Kinzig	316
Bad Soden am Taunus	Main-Taunus	315
Eppstein	Main-Taunus	313
Eschborn	Main-Taunus	314
Flörsheim am Main	Main-Taunus	315
Hattersheim am Main	Main-Taunus	314
Hochheim am Main	Main-Taunus	313
Hofheim am Taunus	Main-Taunus	316
Kelkheim (Taunus)	Main-Taunus	311
Kriftel	Main-Taunus	313
Liederbach am Taunus	Main-Taunus	314
Schwalbach am Taunus	Main-Taunus	313
Sulzbach (Taunus)	Main-Taunus	311
Bad König	Odenwald	311
Brensbach	Odenwald	313
Breuberg	Odenwald	313
Brombachtal	Odenwald	316
Erbach (Odenwald)	Odenwald	314
Fränkisch-Crumbach	Odenwald	315
Höchst i.Odw.	Odenwald	316
Lützelbach	Odenwald	315
Michelstadt	Odenwald	313
Mossautal	Odenwald	315
Oberzehlert	Odenwald	316
Reichelsheim (Odenwald)	Odenwald	314
Dietzenbach	Offenbach (Kreis)	314
Dreieich	Offenbach (Kreis)	311
Egelsbach	Offenbach (Kreis)	316
Hainburg	Offenbach (Kreis)	316
Heusenstamm	Offenbach (Kreis)	316
Langen	Offenbach (Kreis)	314
Mainhausen	Offenbach (Kreis)	311
Mühlheim am Main	Offenbach (Kreis)	313
Neu-Isenburg	Offenbach (Kreis)	313
Obertshausen	Offenbach (Kreis)	311
Rödermark	Offenbach (Kreis)	313
Rodgau	Offenbach (Kreis)	315
Seligenstadt	Offenbach (Kreis)	314
Aarbergen	Rheingau-Taunus	313
Bad Schwalbach	Rheingau-Taunus	314
Eltville am Rhein	Rheingau-Taunus	316
Geisenheim	Rheingau-Taunus	315
Heidenrod	Rheingau-Taunus	316
Hohenstein	Rheingau-Taunus	311
Hünstetten	Rheingau-Taunus	316
Idstein	Rheingau-Taunus	314
Kiedrich	Rheingau-Taunus	315
Lorch	Rheingau-Taunus	314
Niedernhausen	Rheingau-Taunus	311
Oestrich-Winkel	Rheingau-Taunus	313
Rüdesheim am Rhein	Rheingau-Taunus	316
Schlangenberg	Rheingau-Taunus	311
Taunusstein	Rheingau-Taunus	313
Waldems	Rheingau-Taunus	315
Walluf	Rheingau-Taunus	313
Altenstadt	Wetterau	315

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Bad Nauheim	Wetterau	311
Bad Vilbel	Wetterau	315
Büdingen	Wetterau	316
Butzbach	Wetterau	316
Echzell	Wetterau	313
Florstadt	Wetterau	314
Friedberg	Wetterau	316
Gedern	Wetterau	316
Glauburg	Wetterau	311
Hirzenhain	Wetterau	314
Karben	Wetterau	316
Kefenrod	Wetterau	315
Limeshain	Wetterau	314
Münzenberg	Wetterau	313
Nidda	Wetterau	315
Niddatal	Wetterau	311
Ober-Mörlen	Wetterau	313
Ortenberg	Wetterau	313
Ranstadt	Wetterau	316
Reichelsheim (Wetterau)	Wetterau	315
Rockenberg	Wetterau	315
Rosbach v.d.Höhe	Wetterau	311
Wölfersheim	Wetterau	314
Wöllstadt	Wetterau	313
Allendorf (Lumda)	Gießen	316
Biebertal	Gießen	314
Buseck	Gießen	311
Fernwald	Gießen	313
Gießen	Gießen	312
Grünberg	Gießen	315
Heuchelheim	Gießen	315
Hungen	Gießen	311
Langgöns	Gießen	315
Laubach	Gießen	313
Lich	Gießen	316
Linden	Gießen	311
Lollar	Gießen	313
Pohlheim	Gießen	314
Rabenau	Gießen	313
Reiskirchen	Gießen	314
Staufenberg	Gießen	314
Wettenberg	Gießen	311
Aßlar	Lahn-Dill	315
Bischoffen	Lahn-Dill	311
Braunfels	Lahn-Dill	315
Breitscheid	Lahn-Dill	314
Dietzhöhlztal	Lahn-Dill	314
Dillenburg	Lahn-Dill	316
Driedorf	Lahn-Dill	316
Ehringshausen	Lahn-Dill	316
Eschenburg	Lahn-Dill	311
Greifenstein	Lahn-Dill	315
Haiger	Lahn-Dill	313
Herborn	Lahn-Dill	311
Hohenahr	Lahn-Dill	311
Hüttenberg	Lahn-Dill	314
Lahnau	Lahn-Dill	313
Leun	Lahn-Dill	314
Mittenaar	Lahn-Dill	314
Schöffengrund	Lahn-Dill	311
Siegbach	Lahn-Dill	313
Sinn	Lahn-Dill	313
Solms	Lahn-Dill	313
Waldsolms	Lahn-Dill	313
Wetzlar	Lahn-Dill	316
Bad Camberg	Limburg-Weilburg	311
Beselich	Limburg-Weilburg	315
Brechen	Limburg-Weilburg	313
Dornburg	Limburg-Weilburg	316

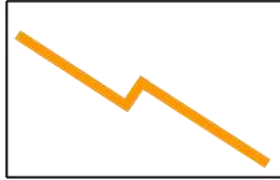
Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Elbtal	Limburg-Weilburg	313
Elz	Limburg-Weilburg	313
Hadamar	Limburg-Weilburg	311
Hünfelden	Limburg-Weilburg	315
Limburg a.d.Lahn	Limburg-Weilburg	314
Löhnberg	Limburg-Weilburg	313
Mengerskirchen	Limburg-Weilburg	311
Merenberg	Limburg-Weilburg	316
Runkel	Limburg-Weilburg	316
Selters (Taunus)	Limburg-Weilburg	314
Villmar	Limburg-Weilburg	315
Waldbrunn	Limburg-Weilburg	314
(Westerwald)		
Weilburg	Limburg-Weilburg	311
Weilmünster	Limburg-Weilburg	316
Weinbach	Limburg-Weilburg	313
Amöneburg	Marburg-Biedenkopf	314
Angelburg	Marburg-Biedenkopf	315
Bad Endbach	Marburg-Biedenkopf	316
Biedenkopf	Marburg-Biedenkopf	315
Breidenbach	Marburg-Biedenkopf	316
Cölbe	Marburg-Biedenkopf	315
Dautphetal	Marburg-Biedenkopf	311
Ebsdorfergrund	Marburg-Biedenkopf	315
Fronhausen	Marburg-Biedenkopf	316
Gladenbach	Marburg-Biedenkopf	313
Kirchhain	Marburg-Biedenkopf	311
Lahntal	Marburg-Biedenkopf	314
Lohra	Marburg-Biedenkopf	315
Marburg	Marburg-Biedenkopf	316
Münchhausen	Marburg-Biedenkopf	316
Neustadt (Hessen)	Marburg-Biedenkopf	311
Rauschenberg	Marburg-Biedenkopf	314
Stadtallendorf	Marburg-Biedenkopf	313
Steffenberg	Marburg-Biedenkopf	314
Weimar	Marburg-Biedenkopf	314
Wetter (Hessen)	Marburg-Biedenkopf	313
Wohratal	Marburg-Biedenkopf	316
Alsfeld	Vogelsberg	316
Antrifttal	Vogelsberg	313
Feldatal	Vogelsberg	311
Freiensteinau	Vogelsberg	311
Gemünden (Felda)	Vogelsberg	313
Grebenu	Vogelsberg	311
Grebeshain	Vogelsberg	314
Herbstein	Vogelsberg	316
Homburg (Ohm)	Vogelsberg	311
Kirtorf	Vogelsberg	315
Lauterbach (Hessen)	Vogelsberg	314
Lautertal	Vogelsberg	315
(Vogelsberg)		
Mücke	Vogelsberg	316
Romrod	Vogelsberg	314
Schlitz	Vogelsberg	316
Schotten	Vogelsberg	311
Schwalmtal	Vogelsberg	313
Ulrichstein	Vogelsberg	314
Wartenberg	Vogelsberg	313
Bad Salzschlirf	Fulda	315
Burghaun	Fulda	311
Dipperz	Fulda	315
Ebersburg	Fulda	313
Ehrenberg (Rhön)	Fulda	315
Eichenzell	Fulda	311
Eiterfeld	Fulda	313
Flieden	Fulda	313
Fulda	Fulda	313
Gersfeld (Rhön)	Fulda	314
Großenlöder	Fulda	311
Hilders	Fulda	311

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Hofbieber	Fulda	313
Hosenfeld	Fulda	315
Hünfeld	Fulda	314
Kalbach	Fulda	315
Künzell	Fulda	314
Neuhof	Fulda	316
Nüsttal	Fulda	315
Petersberg	Fulda	311
Poppenhausen	Fulda	316
(Wasserkuppe)		
Rasdorf	Fulda	316
Tann (Rhön)	Fulda	314
Alheim	Hersfeld-Rotenburg	315
Bad Hersfeld	Hersfeld-Rotenburg	313
Bebra	Hersfeld-Rotenburg	315
Breitenbach a.	Hersfeld-Rotenburg	313
Herzberg		
Cornberg	Hersfeld-Rotenburg	311
Friedewald	Hersfeld-Rotenburg	314
Haunack	Hersfeld-Rotenburg	311
Haunetal	Hersfeld-Rotenburg	315
Heringen (Werra)	Hersfeld-Rotenburg	313
Hohenroda	Hersfeld-Rotenburg	315
Kirchheim	Hersfeld-Rotenburg	315
Ludwigsau	Hersfeld-Rotenburg	311
Nentershausen	Hersfeld-Rotenburg	313
Neuenstein	Hersfeld-Rotenburg	316
Niederaula	Hersfeld-Rotenburg	314
Philippsthal (Werra)	Hersfeld-Rotenburg	311
Ronshausen	Hersfeld-Rotenburg	316
Rotenburg a.d.	Hersfeld-Rotenburg	314
Fulda		
Schenklengsfeld	Hersfeld-Rotenburg	316
Wildeck	Hersfeld-Rotenburg	311
Ahnatal	Kassel (Kreis)	315
Bad Emstal	Kassel (Kreis)	313
Bad Karlshafen	Kassel (Kreis)	316
Baunatal	Kassel (Kreis)	316
Breuna	Kassel (Kreis)	315
Calden	Kassel (Kreis)	311
Espenau	Kassel (Kreis)	313
Fuldabrück	Kassel (Kreis)	315
Fuldatal	Kassel (Kreis)	315
Grebenstein	Kassel (Kreis)	315
Habichtswald	Kassel (Kreis)	316
Helsa	Kassel (Kreis)	313
Hofgeismar	Kassel (Kreis)	313
Immenhausen	Kassel (Kreis)	314
Kaufungen	Kassel (Kreis)	315
Liebenau	Kassel (Kreis)	316
Lohfelden	Kassel (Kreis)	316
Naumburg	Kassel (Kreis)	315
Nieste	Kassel (Kreis)	313
Niestetal	Kassel (Kreis)	314
Reinhardshagen	Kassel (Kreis)	314
Schauenburg	Kassel (Kreis)	315
Söhrewald	Kassel (Kreis)	314
Trendelburg	Kassel (Kreis)	315
Vellmar	Kassel (Kreis)	316
Wesertal	Kassel (Kreis)	313
Wolfhagen	Kassel (Kreis)	314
Zierenberg	Kassel (Kreis)	313
Bad Zwesten	Schwalm-Eder	316
Borken (Hessen)	Schwalm-Eder	313
Edermünde	Schwalm-Eder	314
Felsberg	Schwalm-Eder	316
Frielendorf	Schwalm-Eder	311
Fritzlar	Schwalm-Eder	314
Gilsberg	Schwalm-Eder	314
Gudensberg	Schwalm-Eder	313

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Gemeinde	Landkreis	DMO-Gr.
Guxhagen	Schwalm-Eder	311
Homburg (Efze)	Schwalm-Eder	316
Jesberg	Schwalm-Eder	315
Knüllwald	Schwalm-Eder	313
Körle	Schwalm-Eder	315
Malsfeld	Schwalm-Eder	311
Melsungen	Schwalm-Eder	313
Morschen	Schwalm-Eder	314
Neuental	Schwalm-Eder	314
Neukirchen	Schwalm-Eder	315
Niedenstein	Schwalm-Eder	311
Oberaula	Schwalm-Eder	311
Ottrau	Schwalm-Eder	314
Schrecksbach	Schwalm-Eder	311
Schwalmstadt	Schwalm-Eder	316
Schwarzenborn	Schwalm-Eder	314
Spangenberg	Schwalm-Eder	316
Wabern	Schwalm-Eder	315
Willingshausen	Schwalm-Eder	314
Allendorf (Eder)	Waldeck-Frankenberg	315
Bad Arolsen	Waldeck-Frankenberg	313
Bad Wildungen	Waldeck-Frankenberg	313
Battenberg (Eder)	Waldeck-Frankenberg	313
Bromskirchen	Waldeck-Frankenberg	311
Burgwald	Waldeck-Frankenberg	311
Diemelsee	Waldeck-Frankenberg	315
Diemelstadt	Waldeck-Frankenberg	315
Edertal	Waldeck-Frankenberg	316
Frankenau	Waldeck-Frankenberg	315
Frankenberg (Eder)	Waldeck-Frankenberg	316
Gemünden (Wohra)	Waldeck-Frankenberg	313
Haina (Kloster)	Waldeck-Frankenberg	311
Hatzfeld (Eder)	Waldeck-Frankenberg	311
Korbach	Waldeck-Frankenberg	316
Lichtenfels	Waldeck-Frankenberg	313
Rosenthal	Waldeck-Frankenberg	315
Twistetal	Waldeck-Frankenberg	314
Vöhl	Waldeck-Frankenberg	314
Volkmarsen	Waldeck-Frankenberg	311
Waldeck	Waldeck-Frankenberg	311
Willingen (Upland)	Waldeck-Frankenberg	314
Bad Sooden- Allendorf	Werra-Meißner	313
Berkatal	Werra-Meißner	314
Eschwege	Werra-Meißner	315
Großalmerode	Werra-Meißner	316
Herleshausen	Werra-Meißner	315
Hessisch Lichtenau	Werra-Meißner	315
Meinhard	Werra-Meißner	316
Meißner	Werra-Meißner	311
Neu-Eichenberg	Werra-Meißner	316
Ringgau	Werra-Meißner	311
Sontra	Werra-Meißner	316
Waldkappel	Werra-Meißner	313
Wanfried	Werra-Meißner	311
Wehretal	Werra-Meißner	314
Weißborn	Werra-Meißner	313
Witzenhausen	Werra-Meißner	315

Stand 12/2019

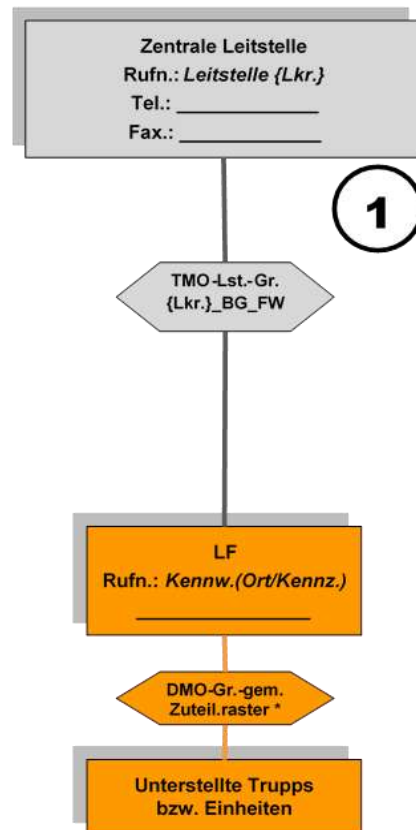


Betrieblich-taktische Regelungen „npol“ im Digitalfunk der BOS im Land Hessen

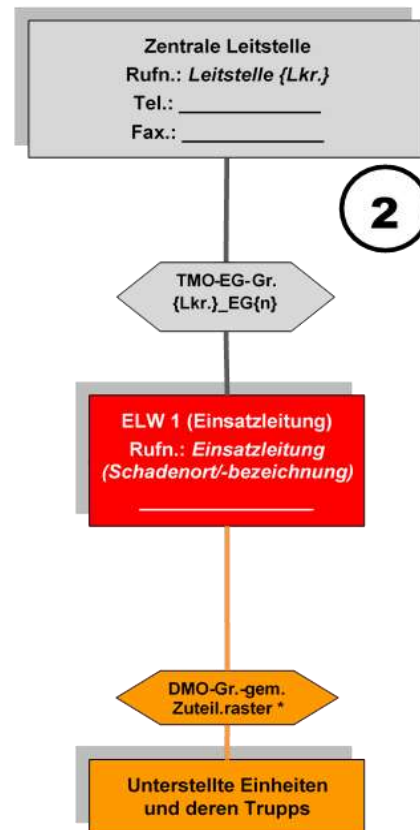
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Abteilung V
Brand- und Katastrophenschutz

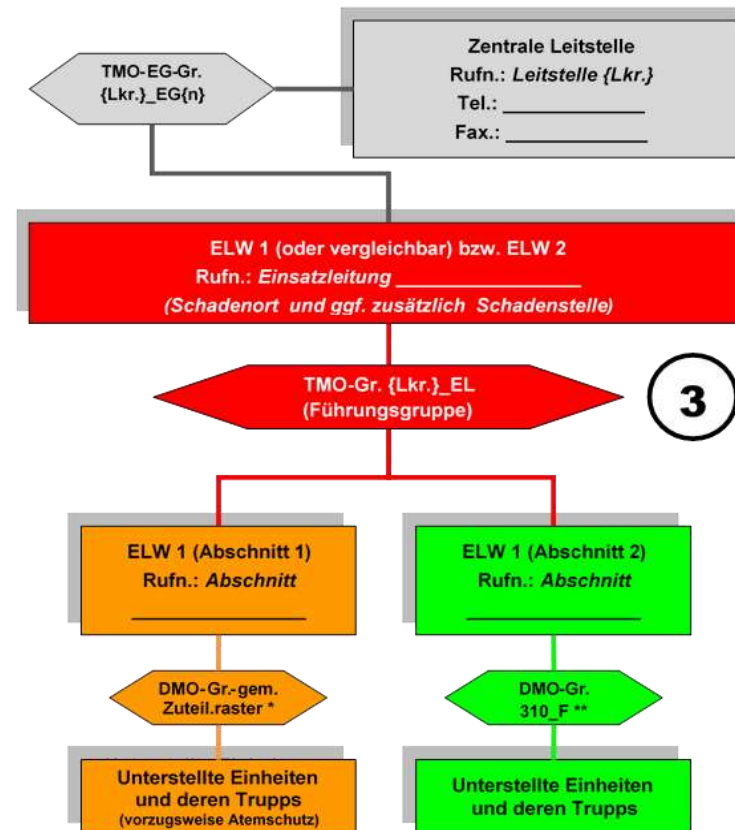
Beispiel-luK-Skizze npol HE Kleineinsatz Einzelfahrzeug/e FÜHRUNGSSTUFE „A“



Beispiel-luK-Skizze npol HE Standardeinsatz Zugeinsatz (Führungseinheit) FÜHRUNGSSTUFE „B“



Beispiel-luK-Skizze npol HE Standardeinsatz Zwei Abschnitte (mit Übergang zur Führungsstaffel) FÜHRUNGSSTUFE „B“

Anrückende Einheiten:

* Erste DMO-Gruppe:

** Zweite DMO-Gruppe:

Bekommen von der ZLSt die TMO-Gruppe {Lkr.}_EG{n} und bei eingerichtetem Bereitstellungsraum die TMO-Gruppe {Lkr.}_EA_BR-h zugewiesen.

Hier ist die entsprechende DMO-Gruppe der Kommune gemäß DMO-Zuteilungsraster (307_F ... 316_F) zu nutzen.

Hierfür ist hessenweit die DMO-Gruppe 310_F vorgesehen, die ansonsten nicht vergeben ist.

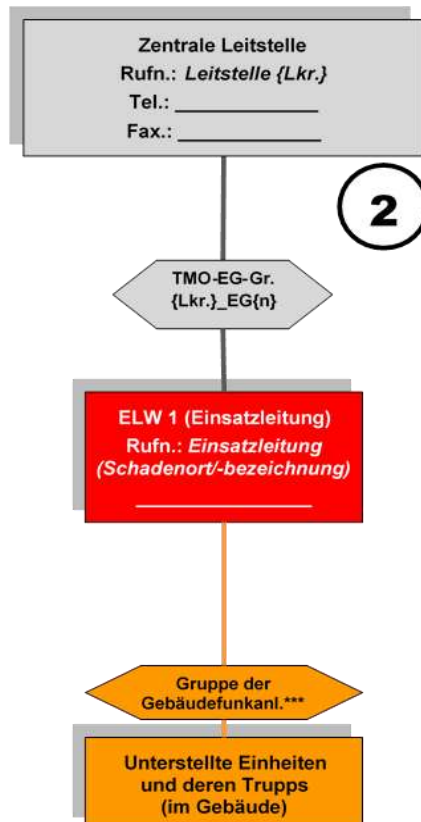


Betrieblich-taktische Regelungen „npol“ im Digitalfunk der BOS im Land Hessen

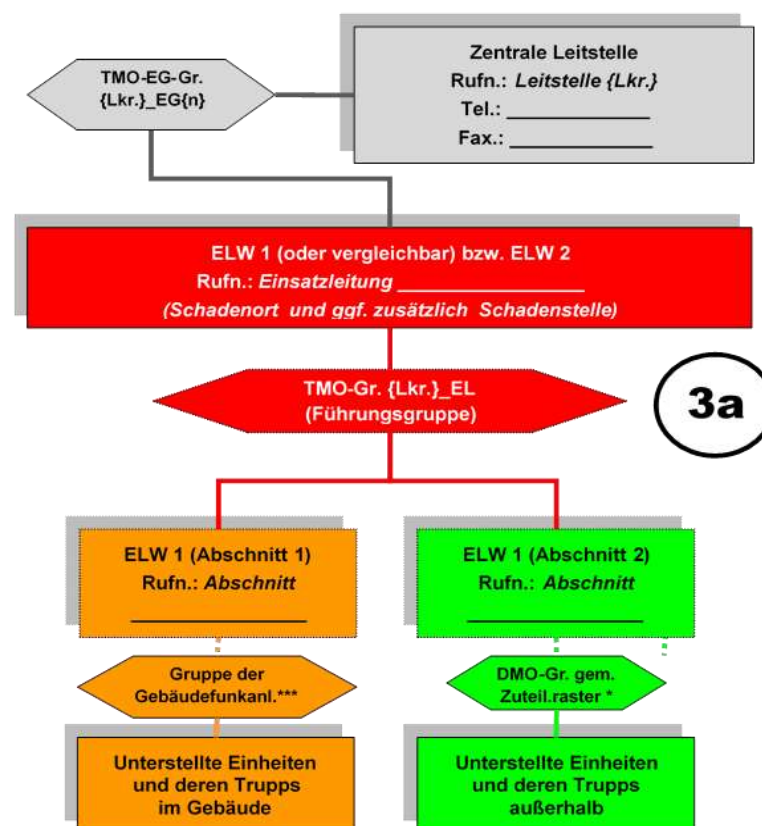
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Abteilung V
Brand- und Katastrophenschutz

Beispiel-IuK-Skizze npol HE Standardeinsatz Zugeinsatz (MIT GEBÄUDEFUNKANLAGE) FÜHRUNGSSTUFE „B“



Beispiel-IuK-Skizze npol HE Standardeinsatz Zwei Abschnitte (MIT GEBÄUDEFUNKANLAGE) FÜHRUNGSSTUFE „B“



Anrückende Einheiten:

* Erste DMO-Gruppe:

** Zweite DMO-Gruppe:

*** Gebäudefunk:

Bekommen von der ZLSt die TMO-Gruppe {Lkr.}_EG{n} und bei eingerichtetem Bereitstellungsraum die TMO-Gruppe {Lkr.}_EA_BR-h zugewiesen.

Hier ist die entsprechende DMO-Gruppe der Kommune gemäß DMO-Zuteilungsraster (307_F ... 316_F) zu nutzen.

Hierfür ist hessenweit die DMO-Gruppe 310_F vorgesehen, die ansonsten nicht vergeben ist.

Abhängig von der Art der Gebäudefunkanlage sind dies: bei DMO-Anlagen:OV_1 od. OV_4 bzw. OV_A od. OV Reserve, bei TMO-Anlagen vorrangig: {Lkr.}_EA_A oder {Lkr.}_EA_B



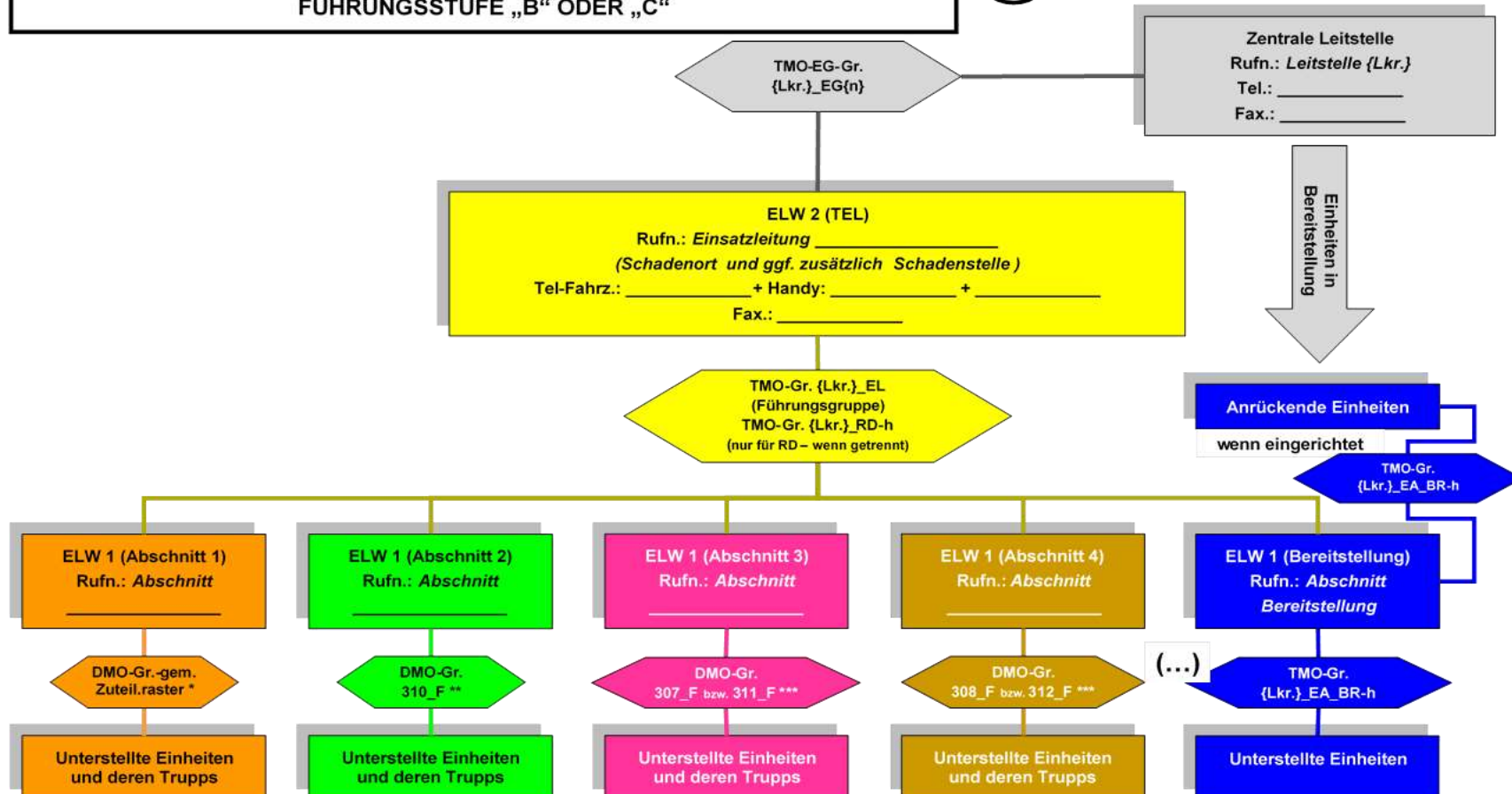
Betrieblich-taktische Regelungen „npol“ im Digitalfunk der BOS im Land Hessen

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Abteilung V
Brand- und Katastrophenschutz**Beispiel** LuK-Skizze npol HE

Standardeinsatz mit 3 oder 4 Abschnitten (Führungsstaffel oder Führungsgruppe)
FÜHRUNGSSTUFE „B“ ODER „C“

4

Anrückende Einheiten:

* Erste DMO-Gruppe:

** Zweite DMO-Gruppe:

*** Vergabe weitere Gruppen:

Bekommen von der ZLst die TMO-Gruppe {Lkr.}_EG{n} und bei eingerichtetem Bereitstellungsraum die TMO-Gruppe {Lkr.}_EA_BR-h zugewiesen.

Hier ist die entsprechende DMO-Gruppe der Kommune gemäß DMO-Zuteilungsraster (307_F ... 316_F) zu nutzen.

Hierfür ist hessenweit die DMO-Gruppe 310_F vorgesehen, die ansonsten nicht vergeben ist.

(Aufgabe S6 (S 2/3/6)) Vorzugsweise sollen die aufgeführten DMO-Gruppen zugewiesen werden. Bei Belegung: Zuweisung DMO-Gruppen 307_F ... 316_F.

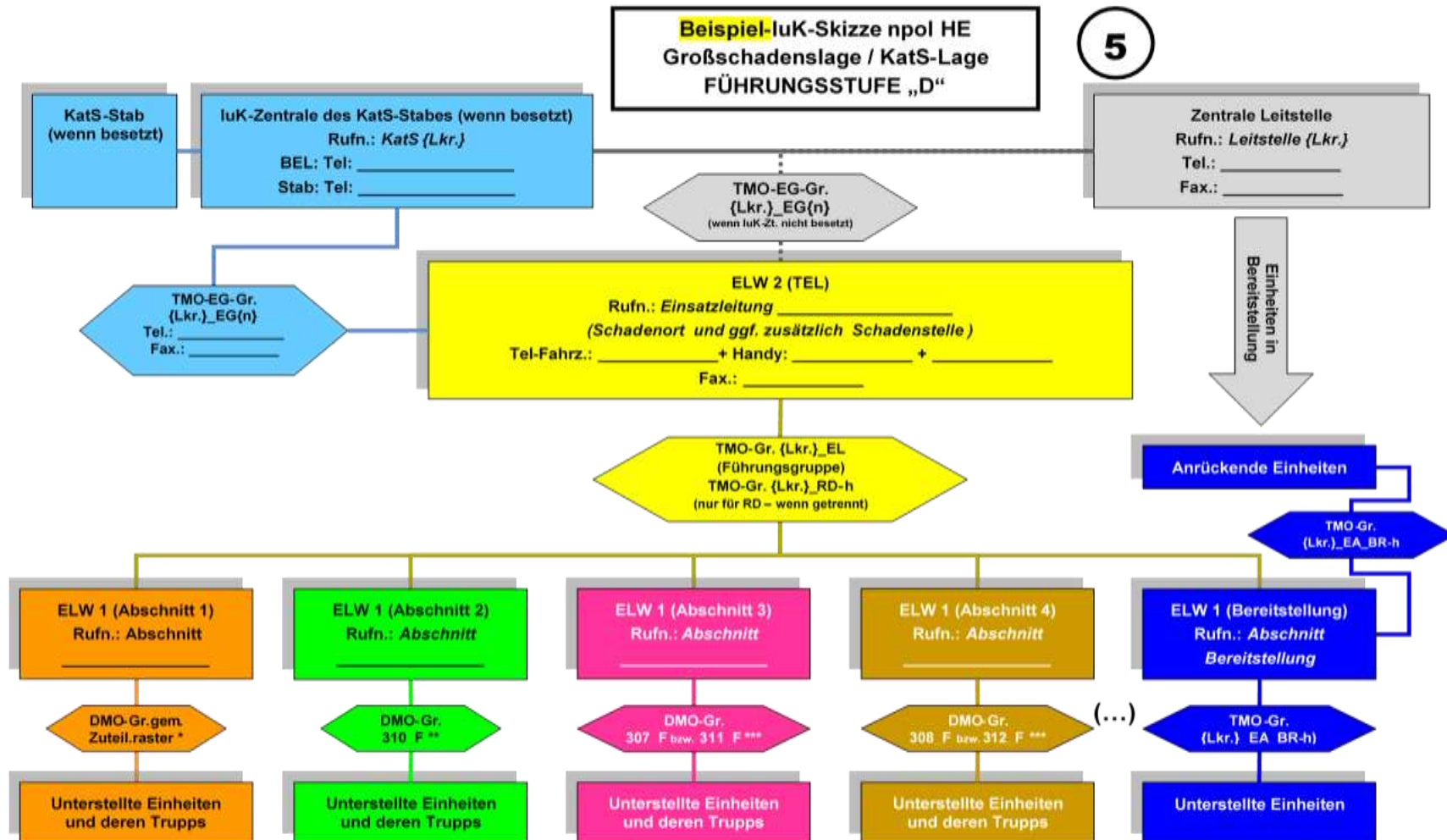
Bei RD-Einheiten: vorzugsweise Zuweisung DMO-Gruppen 603_R bis 607_R. Sonderanwendungen/Mehrbedarf: Zuweisung DMO-Gruppen 403_K und 404_K.

Bei Bedarf einer erweiterten Flächenversorgung (z.B. Wasserförderung lange Wege, Pendelverkehr): Zuweisung TMO-Gruppen {Lkr.}_EA_A und {Lkr.}_EA_B durch S6 oder ZL St.



Betrieblich-taktische Regelungen „npol“ im Digitalfunk der BOS im Land Hessen

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Abteilung V
Brand- und KatastrophenschutzAnrückende Einheiten:* Erste DMO-Gruppe:** Zweite DMO-Gruppe:*** Vergabe weitere Gruppen:

Bekommen von der ZLst die TMO-Gruppe {Lkr.}_EG(n) und bei eingerichtetem Bereitstellungsraum die TMO-Gruppe {Lkr.}_EA_BR-h zugewiesen.

Hier ist die entsprechende DMO-Gruppe der Kommune gemäß DMO-Zuteilungsraster (307_F ... 316_F) zu nutzen.

Hierfür ist hessenweit die DMO-Gruppe 310_F vorgesehen, die ansonsten nicht vergeben ist.

(Aufgabe S6 (S 2/3/6)) Vorzugsweise sollen die aufgeführten DMO-Gruppen zugewiesen werden. Bei Belegung: Zuweisung DMO-Gruppen 307_F ... 316_F.

Bei RD-Einheiten: vorzugsweise Zuweisung DMO-Gruppen 603_R bis 607_R. Sonderanwendungen/Mehrbedarf: Zuweisung DMO-Gruppen 403_K und 404_K.

Bei Bedarf einer erweiterten Flächenversorgung (z.B. Wasserförderung lange Wege, Pendelverkehr): Zuweisung TMO-Gruppen {Lkr.}_EA_A und {Lkr.}_EA_B durch S6 oder ZLst.

Notizen:

Leitfaden „DMO-Repeaterereinsatz“

im digitalen Sprech- und Datenfunksystem für Behörden und
Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) in Hessen

Vorwort

Dieser Leitfaden ist eine allgemeine Empfehlung für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zur Nutzung von Repeatern bei der Sprachkommunikation im Direktbetrieb (DMO). Er richtet sich primär an die Nutzer der am TETRA-Digitalfunk beteiligten BOS in Hessen.

Für die Nutzung in anderen Ländern/Bundesländern sind die dortigen Regeln zu beachten. Weitergehende Regelungen aufgrund rechtlicher Vorgaben bleiben hiervon unberührt.

Das Digitalfunknetz unterliegt ständigen Veränderungen und Weiterentwicklungen. Die daraus gewonnenen neuen Erkenntnisse und Erfahrungen werden auch zukünftig in den Leitfaden einfließen, der somit einem stetigen Aktualisierungsprozess ausgesetzt ist.

Die Inhalte basieren auf Expertengesprächen und Praxistests im Rahmen von Arbeitsgruppensitzungen mit dem Fachausschuss IuK des Landesfeuerverbandes, mit Vertretern der Hessischen Landesfeuerweherschule und der Polizeiakademie sowie weiteren Vertretern von Feuerwehren und Hilfsorganisationen in Hessen unter der Federführung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport.

Diese Empfehlungen basieren auf den Erfahrungen und Tests mit den aus dem Warenkorb Hessen beschafften TETRA-Funkgeräten der Firma Motorola Solutions GmbH.

Die in diesem Leitfaden beschriebenen Empfehlungen sind den jeweiligen örtlichen Verhältnissen bzw. Einsatzlagen anzupassen.

Anwendungsbereich

Bei den Teststellungen wurde die Verwendung von MRT mit externer Antenne als Repeater, entweder als Kofferlösung oder im Fahrzeug verbaut, favorisiert. Die Nutzung eines HRT als Repeater wurde allgemein als unzureichend erachtet.

Einsatzlagen in der Freifläche - Flächenlagen

Aufgrund der guten Grundversorgung durch Standorte des Freifeldes erscheint ein Einsatz von DMO-Repeatern für Einsatzlagen in der Freifläche als nicht erforderlich. Ebenso konnten in den Teststellungen in betrieblicher bzw. fernmeldetaktischer Hinsicht keine Verbesserungen erzielt werden. Hierfür sind, wie in der KatS-DV / FwDV 820 HE vorgesehen, vorrangig Sprechgruppen im Netzbetrieb (TMO) zu verwenden.

Einsatzlagen im Bereich von Ein- und Mehrfamilienhäusern - Inhouselagen

Der Einsatz von DMO-Repeatern für Einsatzlagen im Bereich von Ein- und Mehrfamilienhäusern zeigten Verbesserungen in der Funkversorgung. Zusammenfassend sind diese Erkenntnisse auch in Gebäuden oder Garagen mit mehreren Geschossen bzw. Ebenen anwendbar.

Der Einsatz von Repeatern ist nicht ganz unproblematisch, da auch unerwünschte Effekte auftreten können. Je nach Gebäudebeschaffenheit (Stahlbeton, metallbedampfte Fenster, usw.) werden unterschiedliche Reichweiten erzielt. Durch physikalische Gesetzmäßigkeiten unterliegen Funkwellen auf ihrem Weg zum Empfänger verschiedenen Einflüssen, die das Signal schwächen, umlenken oder verstärken können. Daher sollen Repeater nur eingesetzt werden, wenn bei Einsätzen/Übungen eine im DMO ausreichende Funkversorgung ohne Repeater nicht gewährleistet ist.

Im Rahmen von Übungen und Ausbildungsveranstaltungen sollten daher ortsbezogene Erfahrungen zum Repeaterbetrieb und Möglichkeiten zur Verbesserung der Inhouseversorgung unter Verwendung der Repeaterfunktion gesammelt werden. Die Nutzungsdauer ist auf die Dauer der Einsätze/Übungen zu begrenzen.

Größere Objekte benötigen eine Objektfunkversorgungsanlage (OV), die den Digitalfunk im gesamten Innenbereich verteilt. Ein DMO-Repeater - in der o.g. Nutzung als MRT oder HRT - ist **kein** Ersatz für eine im Bauordnungsrecht geforderte OV!

Nachfolgend einige Empfehlungen zum Einsatz von DMO-Repeatern:

- Als DMO-Repeater sollte möglichst ein MRT-Koffergerät mit externer Antenne oder ein in einem Fahrzeug mit Außenantenne verbautes MRT zum Einsatz kommen.
- Antenne so platzieren, dass ein bestmögliches Abstrahlverhalten gegeben ist, dabei auf das Abstrahlverhalten des eingesetzten Antennentyps achten (Rundstrahler oder Richtantenne).
- Notwendige Entkopplung zu anderen Funkanlagen beachten (Antennenabstand, DMO/TMO-Koppelnetzwerk).
- Für einen größtmöglichen Sende-/Empfangsbereich den Repeater in der Regel außerhalb des Gebäudes in Stellung bringen – nur bei verspiegelten/metallverkleideten Gebäuden besser im Gebäudeinneren platzieren.
- Ein Repeaterbetrieb ist nur auf Befehl des Einsatzleiters (Betriebsleitung) zu schalten und ist der Leitstelle anzuzeigen (siehe Vorgabe in KatS-DV / FwDV 820 HE). Nach Ende des Einsatzes ist das Endgerät wieder in der Regel-Einstellung zu betreiben. Eine Pauschalregelung wie „bei jedem Einsatz einzuschalten“ ist nicht zulässig.
- Jeweils nur **ein** Repeater pro Gesprächsgruppe an einer Einsatzstelle einsetzen, mehrere Geräte auf gleicher Gesprächsgruppe beeinträchtigen sich gegenseitig.
- Der Repeater ist grundsätzlich auf der jeweiligen primären Gesprächsgruppe des Schadenortes (Vorgabe in KatS-DV / FwDV 820 HE) zu betreiben (HiOrgs verwenden die Gruppe DMO 603_R*).
- Beim Einsatz von mehreren Repeatern in verschiedenen Gesprächsgruppen an einer Einsatzstelle auf größtmöglichen Abstand der Antennen (ausreichende Entkopplung) achten.
- Bei Störungen im Betrieb den Repeater ausschalten. Die richtige Einstellung der über den Repeater genutzten Endgeräte überprüfen (Optionen → Konfig. → Repeater).

FwDV / DV 800

Ausgabe 2017

Stand: 06.11.2017

Informations- und Kommunikationstechnik im Einsatz

Diese Dienstvorschrift wurde vom Ausschuss „Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ (AFKzV) auf der 42. Sitzung am 21. und 22.03.2018 in Düsseldorf genehmigt und den Ländern zur Einführung empfohlen.

(Bei Nachdruck ist die Zustimmung des AFKzV einzuholen.
Es ist dann folgender Text auf der Innenseite der Umschlagseite abzdrukken.)

Druck mit freundlicher Genehmigung des Ausschusses „Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ (AFKzV).

Inhaltsverzeichnis

1.	Grundsätze	5
1.1	Allgemeines.....	5
1.2	Zuständigkeiten.....	7
1.3	Beurteilung der Lage.....	7
1.4	Führung.....	8
1.5	Befehlsgebung	9
1.6	Zusammenarbeit	9
2.	Einsatzgrundsätze	11
3.	Vorbereitende Maßnahmen	13
3.1	Einsatzvorbereitung und -nachbereitung.....	13
3.2	Einsatzplanung.....	13
4.	Sprach- und Datendienste, Informations- und Kommunikationsverbindungen.....	15
4.1	Sprach- und Datendienste	15
4.2	Informations- und Kommunikationsverbindungen	17
5.	Technische/organisatorische Maßnahmen	21
5.1	Ausstatten von Befehlsstellen	21
5.2	Herstellen, Betreiben und Unterhalten von Informations- und Kommunikationsverbindungen.....	21
5.3	Mitnutzung fremder Informations- und Kommunikationsnetze	22
5.4	Maßnahmen bei Störungen.....	23
5.5	Maßnahmen bei Sicherheitsvorfällen	23
6.	Schulungsmaßnahmen	25
7.	Arten und Vorrangstufen von Nachrichten	26
7.1	Arten der Nachrichten	26
7.2	Vorrangstufen.....	26

Anlagen:

Anlage 1	Kommunikationsunterlagen
Anlage 2	Buchstabiertafel
Anlage 3	Abkürzungsverzeichnis
Anlage 4	Fachbegriffe
Anlage 5	Musterstruktur eines Einsatzabschnittsbefehls für den IuK-Einsatz

Anmerkung:

Soweit Personen- und Funktionsbezeichnungen aus Gründen der Lesbarkeit nur in der männlichen Form verwendet werden, gelten sie gleichermaßen für Frauen.

Diese Vorschrift ist für die Behörden und Organisationen der allgemeinen Gefahrenabwehr (Feuerwehr, Notfallrettung sowie Zivil- und Katastrophenschutz) bestimmt. Die für die Zusammenarbeit mit der Polizei wesentlichen Aspekte wurden berücksichtigt.

Organisationen, die mit den Behörden und Organisationen der allgemeinen Gefahrenabwehr zusammenarbeiten, haben die Regelungen dieser Dienstvorschrift sinngemäß anzuwenden.

Eine einheitliche Auslegung und Anwendung der Anlagen ist für eine reibungslose Zusammenarbeit notwendig.

1. Grundsätze

Diese Vorschrift regelt das Planen, Bereitstellen, Herstellen sowie das geordnete und ressourcenschonende Betreiben und Unterhalten von Informations- und Kommunikationstechnik im Einsatz (IuK-Einsatz).

Neben der IuK-Technik im Einsatz wird bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben auch Kommunikationstechnik verwandt, die zur Kommunikation mit Verwaltung, anderen Dienststellen und Behörden oder zur Alarmierung von Einsatzkräften eingesetzt wird. Diese ist nicht Bestandteil des Regelungsumfangs dieser Vorschrift.

1.1 Allgemeines

Informations- und Kommunikationstechnik (IuK-Technik) umfasst alle IuK-Mittel, IuK-Verbindungen und für deren Nutzung zu treffenden Maßnahmen.

Sie gewährleistet die Informationsübertragung und die Kommunikation im Einsatz sowie deren Dokumentation. Dies umfasst auch das Bereitstellen von Sprach- und Datendiensten.

1.1.1 Als Sprach- und Datendienste stehen insbesondere zur Verfügung:

- Sprechfunk und Datenfunk
- Telefonie
- E-Mail
- Fax
- im Intranet z.B. VoIP, Datenbanken
- im Internet z.B. World Wide Web, Soziale Medien

1.1.2 IuK-Mittel sind technische Führungs- und Einsatzmittel.

Die Erfassung von IuK-Mitteln hat nach recherchierbaren, einheitlichen Kriterien zu erfolgen, insbesondere nach

- Art, Anzahl
- Verfügbarkeit
- Leistungsmerkmale

- Zuordnung
- Verantwortlichkeit.

1.1.3 LuK-Verbindungen sind leitungsgebundene oder nicht leitungsgebundene Übertragungswege.

1.2 Zuständigkeiten

Die Zuständigkeiten für die IuK-Technik im Einsatz ergeben sich aus der Führungsorganisation.

Dabei sind die Zuständigkeiten anderer Behörden, Dienststellen und sonstiger Stellen, insbesondere

- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (BNetzA)
- Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS),
- Autorisierte Stellen (AS),
- Einrichtungen zum Erhalt des Betriebes im Digitalfunk, z. B. taktisch-technische Betriebsstellen (TTB), Vorhaltende Stelle (VSt), Digitalfunk Servicestelle, Verbindungsstelle für den Digitalfunk (VSD) bei den BOS des Bundes,

oder

- Netzbetreiber, Dienste- und Serviceanbieter

zu beachten.

1.3 Beurteilung der Lage

Für die Beurteilung der IuK-Lage als Teil der Beurteilung der Gesamtlage sind darüber hinaus von Bedeutung:

- Auftrag, Absicht, Einsatzschwerpunkte der Einsatzleitung
- Stärke und Gliederung der Einsatzkräfte
- Standorte der Befehlsstellen
- Art und Umfang des zu erwartenden Informationsaufkommens
- vorgegebener Geheimhaltungsgrad bei der Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Organisationen
- Infrastruktur,
z.B. Energieversorgung, Netzanbindung, Versorgungsgüter, Kapazität
- Bedarf und Verfügbarkeit von IuK-Spezialkräften, IuK-Verbindungen und IuK-Mitteln der eigenen Organisation

- Verfügbarkeit von vorhandenen Objektfunkanlagen
- erforderliche Unterstützung durch Fachdienste oder externer LuK-Spezialkräfte, z. B. zum Aufbau und Betrieb weiterer LuK-Verbindungen
- rechtliche Rahmenbedingungen, z. B. Frequenzzuteilung, Anschlussbedingungen
- mögliche Störungen der LuK-Verbindungen, z.B. aufgrund Witterung, Störer, Ausfall von Technik
- Notwendigkeit von zusätzlichen IT-Sicherheitsmaßnahmen
- Schnittstellen zu anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)
- Schnittstellen zu anderen Stellen, Einrichtungen oder Organisationen die nicht den BOS angehören, z. B. Ordnungsamt, Gesundheitsamt
- örtliche Gegebenheiten, z. B. Entfernungen, Topografie
- Verhalten der Bevölkerung z. B. die Auslastung bei der Nutzung öffentlicher Telefon- und Daten-netze

1.4 Führung

Der LuK-Einsatz ist Teil des Gesamteinsatzes und bei jeder Einsatzvorbereitung zu berücksichtigen.

Bei planbaren Einsätzen beginnt der LuK-Einsatz während der taktischen Einsatzvorbereitung und endet mit der Rückführung der LuK-Technik.

Der LuK-Einsatz wird vom Sachgebiet 6 geplant, geleitet und durchgeführt. Sofern dieses nicht besetzt ist, übernimmt das Sachgebiet 3 diese Aufgaben.

1.4.1 Der Einsatzleiter trägt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung auch die Verantwortung für den LuK-Einsatz und trifft die grundsätzlichen Entscheidungen.

1.4.2 LuK-Führungskräfte haben insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung des Einsatzleiters über die Einsatzmöglichkeiten der IuK-Technik
- Planung, Koordinierung und Durchführung des IuK-Einsatzes auf Basis der taktischen Vorgaben des Einsatzleiters
- Information der Führungskräfte für ihren jeweiligen Verantwortungsbereich hinsichtlich
 - Organisation und Struktur des IuK-Einsatzes
 - zur Verfügung stehender IuK-Technik, deren Einsatzmöglichkeit und ggf. Handhabung
- Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der IuK-Technik, z. B. Ersatzteilverhaltung, Reserven, Entstörungstrupps
- Information der Führungskräfte über vorhandene Redundanzen, deren Konzepte sowie daraus resultierende, geänderte Verfahrensweisen

1.5 Befehlsgebung

1.5.1 Der IuK-Einsatz wird geregelt durch

- den Befehl des Einsatzleiters
- und erforderlichenfalls durch
- besondere Vorplanungen für den IuK-Einsatz
- oder
- einen Einsatzabschnittsbefehl siehe Anlage 5

1.5.1.1 Der Befehl des Einsatzleiters ist, soweit erforderlich, durch Kommunikationsunterlagen (z. B. Kommunikationspläne, Kommunikationsskizzen, Verzeichnisse oder sonstige Anlagen) zu ergänzen.

1.5.1.2 Besondere Vorplanungen für den IuK-Einsatz entlasten den Befehl des Einsatzleiters von organisatorischen, technischen und betrieblichen Einzelheiten.

1.5.1.3 Der Einsatzabschnittsbefehl regelt Einzelheiten für den IuK-Einsatz. Dieser Befehl ist, soweit erforderlich, durch Kommunikationsunterlagen zu ergänzen.

1.6 Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Dienststellen oder sonstigen Stellen ist zu koordinieren.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass gleicher technischer Standard genutzt wird oder geeignete Schnittstellen vorhanden sind.

Dies gilt sowohl für staaten-, länder- als auch für organisationsübergreifende Zusammenarbeit.

Bei Bedarf sind die notwendigen Berechtigungen einzurichten oder anzupassen.

Die notwendigen Erreichbarkeiten sind aktuell vorzuhalten und jährlich zu überprüfen.

2. Einsatzgrundsätze

- LuK-Technik ist lageabhängig in dem Umfang zu betreiben, der erforderlich ist, um eine schnelle, sichere und störungsfreie Übertragung von Informationen zu gewährleisten.

Sie ist grundsätzlich bis zum Abschluss des Einsatzes zu betreiben.

Auf Anordnung des Einsatzleiters kann sie schrittweise abgebaut werden.

- LuK-Mittel und Befehlsstellen sind grundsätzlich gegen Diebstahl, Sabotage, Ausfall der Energieversorgung oder unbefugte Nutzung, entsprechend den landes- und bundesspezifischen Regelungen, zu sichern.
- Es ist grundsätzlich LuK-Technik einzusetzen, welche die Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität von Daten im jeweils erforderlichen Maße gewährleistet.

Die Sicherheitsbestimmungen (z. B. Nutzungshandbücher, Betriebskonzepte) der Länder und des Bundes sind zu beachten.

Die IT-Sicherheitsstandards sind den IT-Grundschutz-Katalogen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zu entnehmen.

- Es sind Maßnahmen zu treffen, die den unbefugten Informationszugang verhindern.

Sensible oder personenbezogene Daten sind grundsätzlich über gesicherte Verbindungen zu übermitteln.

Bei der Übertragung von Verschlusssachen über LuK-Verbindungen sind diese entsprechend ihres Geheimhaltungsgrades zu verschlüsseln oder durch andere zugelassene Maßnahmen zu sichern.

Die jeweilige Verschlusssachenanweisung (VSA) der Länder und des Bundes sind erforderlichenfalls zu beachten.

- Die Kommunikation ist auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Inhalte sind kurz und präzise abzufassen und zu übermitteln.
- Abweichungen von den in den Kommunikationsunterlagen festgelegten LuK-Verbindungen sind während des Gesamteinsatzes zu vermeiden.
- Bei fehlender LuK-Verbindung oder deren Ausfall sind Maßnahmen zu treffen, um die Informationen dennoch zu übermitteln, z.B. durch:

- Standortwechsel
- Nutzung von Redundanzen
- Nutzung anderer Dienste
- persönliche Weiterleitung z. B. über Melder
- Die vom alltäglichen Einsatz von Sprech- und Datenfunk abweichende Verwendung von IuK-Technik ist zu dokumentieren.
- Die jeweiligen landes- bzw. bundesrechtlichen Regelungen des Datenschutzes sind zu beachten.
Dies gilt insbesondere für Verfahrensweisen zum Speichern, Verändern, Übermitteln, Sperren und Löschen der Daten.
- Inbetriebnahme und Störungen von IuK-Verbindungen sowie Abweichungen von festgelegten Betriebsabläufen sind, z. B. im Betriebsverzeichnis, zu dokumentieren.
- IuK-Technik darf nur von entsprechend qualifizierten IuK-Spezialkräften eingesetzt werden.
- IuK-Einsätze sind grundsätzlich nachzubereiten.

3. Vorbereitende Maßnahmen

Bei den vorbereitenden Maßnahmen für den Einsatz sind folgende Aspekte zu beachten.

3.1 Einsatzvorbereitung und -nachbereitung

Im Rahmen der Einsatzvorbereitung und -nachbereitung sind zu berücksichtigen:

- Auswerten von Erfahrungen und Erkenntnissen, auch aus bisherigen Einsätzen
- Erstellen und Fortschreiben von Unterlagen, Entscheidungshilfen, Vorlagen für Einsatzaufträge und Maßnahmenkatalogen für Einsatzakten
- Erarbeiten von Konzeptionen, z.B. für
 - Maßnahmen bei Störungen, Ausfällen z. B. Bauteilen, Komponenten oder Energie
 - Instandhaltungspunkte zum Warten, Instandsetzen und Ersetzen von luK-Mitteln
 - Maßnahmen bei nicht ausreichender luK-Versorgung
 - Aufbau von Netzwerken, ggf. unter Berücksichtigung von Schnittstellen für einen Netzverbund
 - Einsatz besonderer luK-Mittel, z.B. für Satellitenkommunikation, Ortung, Grenz- oder Kurzwellenfunk

3.2 Einsatzplanung

Im Rahmen der Einsatzplanung sind zu berücksichtigen:

- Planen der Verfügbarkeit der Kräfte für den luK-Einsatz, z.B. Qualifikation, Anzahl, Schichtbetrieb, Reserven, erforderlichenfalls Anfordern von luK-Spezialkräften
- Planen der Verfügbarkeit der luK-Technik, z.B. hinsichtlich Art, Anzahl, Kapazitäten, Kompatibilität, Verbindungen, Reserven

- Überprüfen und Erhalten der Funktionsfähigkeit der vorgesehenen luK-Mittel,
erforderlichenfalls Instandsetzen, Ersetzen
- Erstellen und Fortschreiben von einsatzbezogenen Betriebsunterlagen
- Festlegen von Authentifizierungen und Berechtigungen
- Erstellen von Kommunikationsunterlagen (Anlage 1),
erforderlichenfalls unter Berücksichtigung einer Rückfallebene
- Erkundung der luK-Lage, z. B. unter Einbeziehung der zuständigen
Autorisierten Stelle für den Digitalfunk BOS
- Treffen von Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen
Behörden, Dienststellen und sonstigen Stellen,
z.B.
 - BNetzA
 - Autorisierte Stelle (AS)
 - Netzbetreiber, Dienste- und Serviceanbieter,
insbesondere zur
 - + Bereitstellung
 - + Verfügbarkeit
 - + Wiederherstellung im Störfall
 - + maximal zulässigen Ausfallzeit
- Herstellen der Betriebsbereitschaft der vorgesehenen luK-Mittel

4. Sprach- und Datendienste, Informations- und Kommunikationsverbindungen

Für die Auswahl der zu nutzenden Sprach- und Datendienste und LuK-Verbindungen sind Verfügbarkeit, Bandbreite, Reichweite, Schnelligkeit, Grad der Geheimhaltung, Sicherheit und Wiederherstellung im Störfall beim Austausch von Informationen zu berücksichtigen.

Die Nutzung kann organisatorisch oder technisch eingeschränkt werden.

4.1 Sprach- und Datendienste

Bei Sprach- und Datendiensten werden Informationen als Nachrichten übermittelt.

4.1.1 Sprechfunk und Datenfunk

Sprechfunk dient der verbalen Kommunikation im Analogfunk oder innerhalb von Rufgruppen im Digitalfunk BOS. Darüber hinaus ist auch Einzelkommunikation im Digitalfunk BOS möglich.

Die Einsatzstellenkommunikation soll grundsätzlich über Sprechfunk durchgeführt werden.

Datenfunk dient der automatisierten oder manuellen Übertragung von Daten, z.B. Statusmeldungen.

Die Regelungen der FwDV / DV 810 „Sprech- und Datenfunkverkehr“ sind zu beachten.

4.1.2 Telefonie

Verbale Kommunikation erfolgt zwischen zwei oder mehreren Teilnehmern über LuK-Netze.

Die Nutzung der öffentlichen Mobilfunktelefonie und der Telefonie im Digitalfunk BOS ist auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Durch die vollständige Auslastung der zur Verfügung stehenden Kapazitäten besteht die Gefahr, dass die Kommunikationsfähigkeit im jeweiligen Netz beeinträchtigt wird.

Diese Einschränkungen gelten auch für die bevorrechtigten Teilnehmer der BOS in Mobilfunknetzen gemäß dem Gesetz zur Sicherstellung von

Postdienstleistungen und Telekommunikationsdiensten in besonderen Fällen (PTSG).

4.1.3 E-Mail

Über E-Mail erfolgt die schriftliche elektronische Kommunikation zwischen zwei oder mehreren Teilnehmern.

Grundsätzlich sind eigene oder den landes- und bundesspezifischen Regelungen entsprechend gesicherte luK-Netze sowie organisationsbezogene Postfächer zu nutzen. Stehen keine gesicherten Netze zur Verfügung, ist zu prüfen, ob die Inhalte durch geeignete Maßnahmen z.B. Verschlüsselung zu sichern sind.

4.1.4 Fax oder sonstige Scansysteme

Mit Scansystemen erfolgt die Übertragung eines oder mehrerer Dokumente in Form einer Datei, z.B. Bilddatei, zwischen zwei oder mehreren Teilnehmern. Bei Einsatz von Scansystemen ist grundsätzlich der gescannte Inhalt mit dem Originaldokument vor weiterer Verwendung abzugleichen.

4.1.5 Intranet

Die Behörden und Organisationen betreiben eigenständige Intranetplattformen in den jeweiligen luK-Netzen.

Über ein Intranet werden Informationen von autorisierten Personen für Berechtigte gleichzeitig verfügbar bereitgestellt.

Dies kommt insbesondere in Betracht für:

- die Einsatzvorbereitung und -nachbereitung
- die einsatzbegleitende Informationen
- das Bereitstellen von Informationen mit großen Datenmengen

Die genaue Fundstelle von Informationen ist bekanntzugeben.

Anlassbezogen können geschlossene Benutzergruppen eingerichtet werden.

4.1.6 Internet

Internet ist die weltweite Verknüpfung von öffentlichen Datennetzen.

Damit sind Recherchen von allen frei zugänglichen Informationen möglich. Darüber hinaus können eigene Informationen, z.B. über eine Homepage, veröffentlicht werden.

Dies kommt insbesondere in Betracht für:

- Recherche von einsatzrelevanten Informationen, z.B. in Suchmaschinen, Videoplattformen
- einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ergänzend können soziale Medien sowie Chatrooms und Foren auch für die Kommunikation mit der Bevölkerung genutzt werden.

4.2 Informations- und Kommunikationsverbindungen

4.2.1 Analog- und Digitalfunk BOS

Der Analogfunk ist ein BOS-eigenes räumlich begrenztes Funknetz zur Übertragung von Sprache und im geringen Maße von Daten.

Der Digitalfunk BOS ist ein BOS-eigenes, verschlüsseltes, bundesweit einheitliches und flächendeckendes Funknetz zur Übertragung von Sprache und Daten. Eine netzübergreifende Kommunikation ist grundsätzlich möglich.

Bei nicht ausreichender Netzabdeckung oder wenn es die Einsatzlage erfordert, kann eine direkte Verbindung ohne Verwendung des Funknetzes im Nahbereich genutzt werden.

Die Regelungen der FwDV / DV 810 „Sprech- und Datenfunkverkehr“ sind zu beachten.

4.2.2 Netzwerke

Als Netzwerk bezeichnet man den Verbund mehrerer IuK-Anlagen zum Zweck der Sprach- und Datenkommunikation, z.B. Telefonnetze, Local Area Network (LAN), Wireless Local Area Network (WLAN) und Wide Area Network (WAN), Wireless Personal Area Network (WPAN).

Bei der Nutzung von nicht gesicherten Netzwerken ist die Sicherheit grundsätzlich durch eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung oder durch den Einsatz geeigneter Verfahren, z.B. Virtual Private Network (VPN), zu erhöhen.

4.2.2.1 Telefonnetze

Telefonnetze unterscheiden sich in Festnetze und Mobilfunknetze.

4.2.2.1.1 Festnetze

Festnetze sind leitungsgebundene eigene und öffentliche Telefonnetze z.B. mit den Eigenschaften:

- gute Sprachqualität
- grundsätzliche Abhörsicherheit

und den Möglichkeiten:

- zur Bevorrechtigung für Katastrophenschutz-, Zivilschutz- und Hilfsorganisationen sowie Hilfs- und Rettungsdienst bei Entstörung
- zum Versand und Empfang von Daten
- zur Zwangsübermittlung der Rufnummer bei Notrufen
- zur Feststellung des Anschlussinhabers und des Standortes über den Dienste- oder Serviceanbieter

4.2.2.1.2 Mobilfunknetze

Mobilfunknetze sind öffentliche Telefonnetze mit nicht leitungsgebundenem Anschluss von Mobilfunkendgeräten, z.B. mit den Eigenschaften:

- gute Sprachqualität in Abhängigkeit vom jeweiligen Ausbauzustand des Netzes
- geringe Abhörsicherheit

und den Möglichkeiten:

- zur Bevorrechtigung für BOS,
- zum Versand und Empfang von Daten
- zur Rufnummernübermittlung bei Notrufen
- zur Feststellung des Anschlussinhabers bei registrierten Nutzern
- zur Standortbestimmung des Mobilfunkendgerätes

4.2.2.2 LAN verbindet IuK-Geräte über eigene oder gemietete Leitungen innerhalb von Behörden, Dienststellen oder sonstigen Stellen.

4.2.2.3 WLAN verbindet IuK-Geräte über Funk innerhalb von Behörden, Dienststellen oder sonstigen Stellen.

Für die Nutzung eines WLAN wird mindestens ein Access Point benötigt. Eine Verbindung zu einem LAN ist möglich.

Die Reichweiten werden begrenzt durch die eingesetzte Technologie und sind zu beachten.

Für die Vorbereitung und Inbetriebnahme ist ggfs. ein größerer Zeiteinsatz einzuplanen.

4.2.2.4 WAN kann lokale Netze von Behörden, Dienststellen oder sonstigen Stellen miteinander verbinden.

4.2.2.5 WPAN ist ein nicht leitungsgebundenes Netzwerk welches eine schnelle und einfache Funkverbindung in Nahbereich von kompatiblen Geräten ermöglicht z. B. Bluetooth.

4.2.2.6 Digital Enhanced Cordless Telecommunications (DECT)

DECT ist eine Zugangstechnologie über eine Basisstation mit begrenzter Teilnehmerzahl zur Sprach- und Datenkommunikation.

Die geringen Reichweiten insbesondere in Gebäuden sowie die geringe Abhörsicherheit sind zu beachten.

4.2.3 BOS-Funk zur Bildübertragung

BOS-Funk zur Bildübertragung ermöglicht in BOS-zugewiesenen Frequenzbereichen gerichtet und temporär zwischen mobilen oder ortsfesten Betriebsstellen die Übertragung von Bild- und Videosignalen. Bedarfsweise können auch weitere Datensignale, z.B. Ton- oder Steuersignale, übertragen werden.

4.2.4 Richtfunk

Richtfunk überträgt gleichzeitig unterschiedliche Datensignale, z.B. Sprache, Videoaufnahmen, Dokumente, zwischen festen Standorten in beide Richtungen, auch über große Entfernungen.

Richtfunk kann unabhängig von einem Dienste- oder Serviceanbieter zusätzlich oder alternativ zu leitungsgebundenen Verbindungen genutzt werden.

Durch die Nutzung von Verschlüsselungstechniken ist eine gesicherte Sprach- und Datenübertragung möglich.

Für die Vorbereitung, Erprobung und Inbetriebnahme ist ein größerer Zeiteinsatz einzuplanen und es sind ausreichend personelle Ressourcen vorzuhalten.

4.2.5 Satellitenfunk

Satellitenfunk kann unterschiedliche Sprach- und Datensignale zwischen zwei Bodenstationen über Satelliten in beide Richtungen und beliebige Entfernungen übertragen.

Satellitenfunk wird ausschließlich durch Dienste- oder Serviceanbieter bereitgestellt.

Es ist zu beachten, dass die Verbindung zum Satelliten nicht durch Sichthindernisse, z.B. Gebäudeabschattung, beeinträchtigt wird.

4.2.6 Grenz- oder Kurzwellenfunk

Grenz- oder Kurzwellenfunk, überträgt wechselseitig unterschiedliche Sprach- und Datensignale zwischen einem Sender und mehreren Empfängern über beliebige Entfernungen.

Aufgrund der geringen Datenübertragungsrate kommt eine Nutzung nur in Ausnahmefällen in Betracht.

Grenz- oder Kurzwellenfunk wird unabhängig von einem Dienste- oder Serviceanbieter eingesetzt.

Für den Aufbau der Antennenanlagen sind große Freiflächen erforderlich.

4.2.7 Feldkabelbau

Der Feldkabelbau ist eine leitungsgebundene Kommunikationstechnik. Eine Koppelung mit anderen Informations- und Kommunikationsverbindungen sollte grundsätzlich möglich sein.

Der Feldkabelbau ist insbesondere bei Überlastung oder Ausfall von Netzwerken, eine geeignete Kompensationsmöglichkeit.

5. Technische/organisatorische Maßnahmen

Über die vorbereitenden Maßnahmen hinaus sind insbesondere folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

5.1 Ausstatten von Befehlsstellen

Befehlsstellen sind so auszustatten, dass der Betrieb der erforderlichen Sprach- und Datendienste gewährleistet ist. Befehlsstellen können ortsfest oder beweglich eingerichtet werden.

Erforderlichenfalls sind Konferenz-, Lautsprecher- oder Mithöranlagen, Bilddarstellungsgeräte, Einsatzdokumentations- oder Lagedarstellungssysteme sowie mobile IuK-Mittel für die Erreichbarkeit außerhalb der Befehlsstelle vorzuhalten.

Befehlsstellen zur wiederkehrenden Verwendung und feste Ausweichbefehlsstellen sind vorzubereiten.

Ist eine Verlegung von Befehlsstellen erforderlich, ist dies frühzeitig mitzuteilen. Die Verlegung sollte erst beginnen, wenn die IuK-Technik für die neue Befehlsstelle betriebsbereit ist.

5.2 Herstellen, Betreiben und Unterhalten von Informations- und Kommunikationsverbindungen

Insbesondere ist zu beachten:

- Vorhalten und Bewerten von Unterlagen, z.B. Richtlinien, Pläne, Verzeichnisse
- Rufgruppenplanung, -verteilung und -koordination
- Einrichten von Schnittstellen für einen Netzverbund
- Anschließen an Abholpunkten, Haupt- oder Nebenstellen
- Sicherstellen der Energieversorgung
- Frequenzplanung, -verteilung und -koordination
- Festlegen geeigneter Standorte für Relaisstellen, z.B. Richtfunk oder Access Point
- Festlegen von geeigneten Standorten für Gateway und Repeater im Digitalfunk BOS

- Anfordern von Mobilen Basisstationen für den Digitalfunk BOS über die AS
- Bereitstellen oder Mitbenutzen geeigneter Antennenanlagen und -träger
- Gewährleisten der Informationsübertragung nach Dringlichkeit unter Berücksichtigung von Vorrangstufen oder Prioritäten
- Überwachen des LuK-Verkehrs zum Erfassen der Verkehrsmengen, -richtungen und Auslastungen
- erforderlichenfalls Lenken, Einschränken und Sichern des LuK-Verkehrs
- erforderlichenfalls Bereitstellen von Sonderfahrzeugen, z.B. Peilfahrzeuge, Lautsprecherkraftwagen und Sonderausstattungen, z.B. Satellitentechnik, Prüf- und Messtechnik für den mobilen Einsatz
- Einrichten von mobilen oder stationären Instandhaltungspunkten
- Bereitstellen von Netzersatzanlagen für die eingesetzte LuK-Technik
- Vorhalten von Reserven, im Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeiten
- Mitnutzung von Objektfunkanlagen

5.3 Mitnutzung fremder Informations- und Kommunikationsnetze

Fremde LuK-Netze sind alle Netze, die nicht ausschließlich von BOS genutzt werden. Deren Nutzung ist nur zulässig, wenn keine eigenen LuK-Netze zur Verfügung stehen. Dabei sind Einschränkungen, z. B. Datenschutz, Geheimhaltung, Verfügbarkeit, zu beachten.

Fremde LuK-Netze, die allein hoheitlichen Aufgaben dienen, sind bevorzugt zu nutzen.

Übergänge in fremde LuK-Netze sind durch Hardware, Software oder organisatorische Maßnahmen gegen unbefugte Nutzung zu sichern.

Die Nutzungsbedingungen der jeweiligen Netzverantwortlichen sind einzuhalten.

Als Maßnahmen kommen z.B. in Betracht:

- Austauschen der für die Zusammenarbeit erforderlichen Betriebsunterlagen einschließlich laufender Aktualisierung
- Koordinieren des laufenden LuK-Verkehrs

- Benennen von Ansprechpartnern des LuK-Netzbetreibers für die Administration des fremden LuK-Netzes
- Überprüfen der Anforderungen an die IT-Sicherheit
- Austauschen von LuK-Mitteln
- Überlassen und Einrichten von Anschlüssen

5.4 Maßnahmen bei Störungen

Es ist grundsätzlich eine Rückfallebene für die Sprach- und Datenübertragung vorzusehen.

Rückfallebenen können sein, z. B.

- öffentliche LuK-Netze
- private LuK-Netze
- persönliche Übermittlung der Daten und Nachrichten

Störungen sind den zuständigen Stellen unverzüglich zu melden. Betroffene sind über die Auswirkungen zu informieren.

Die landes- bzw. bundesspezifischen Regelungen zur Störungsbeseitigung sind zu beachten.

5.5 Maßnahmen bei Sicherheitsvorfällen

Sicherheitsvorfälle sind den zuständigen Stellen unverzüglich zu melden; weitere Maßnahmen zur Schadensbegrenzung, z. B. Verhindern von missbräuchlicher Teilnahme an der Kommunikation, sind zu treffen.

Der Verlust sowie das Wiederauffinden von LuK-Mitteln sind unverzüglich zu melden, erforderlichenfalls sind Maßnahmen zu treffen.

Die landes- und bundesspezifischen Regelungen sind zu beachten. Sicherheitsvorfälle können z.B. sein:

- unberechtigter Zugang zu einer Basisstation des Digitalfunk BOS
- Verlust von Kennwörtern
- Verdachtsfall im Bereich der Computerkriminalität
- Verlust von Sprechfunkgeräten

- Verlust von IuK-Technik

6. Schulungsmaßnahmen

Der Umgang mit IuK-Mitteln, einschließlich der Einsatzmöglichkeiten, betrieblichen Regelungen und technischen Grenzen, ist zielgruppenorientiert in Aus- und Fortbildung nach landes- und bundesrechtlichen Vorgaben im erforderlichen Umfang zu vermitteln sowie in Übungen zu vertiefen.

Die Ergebnisse der Einsatznachbereitung sind bei der Fortschreibung der Einsatzunterlagen sowie in der Aus- und Fortbildung umzusetzen.

7. Arten und Vorrangstufen von Nachrichten

Es gibt formlose sowie formgebundene Nachrichten, hierbei können Vorrangstufen verwendet werden.

7.1 Arten der Nachrichten

Bei der mündlichen Übermittlung von Nachrichten werden Gespräch, Durchsage und Spruch unterschieden.

Das Gespräch dient dem unmittelbaren, formlosen Informationsaustausch.

Die Durchsage ist eine formlose Übermittlung von schriftlich abgefassten Nachrichten.

Der Spruch ist die Übermittlung von formgebundenen Nachrichten. Hierbei ist auf die exakte vorgegebene Übermittlung der Nachricht zu achten.

7.2 Vorrangstufen

Vorrangstufen werden vornehmlich bei formgebundenen Nachrichten verwendet und können auf (Vierfach-) Nachrichtenvordrucken abgefasst und über Sprechfunk, Fax, Scansysteme etc. übermittelt werden. In Analogie zu (Vierfach-) Nachrichtenvordrucken werden auch intra- oder internetbasierte Softwareprodukte eingesetzt.

Mit Vorrangstufen soll signalisiert werden, dass der Absender seine Nachricht mit gesteigerter Priorität bearbeitet haben möchte.

Bei Nachrichten mit Vorrangstufen sind Kommunikationsverbindungen zu bevorzugen, die eine technische Bevorrechtigung ermöglichen. Sofern technisch möglich, kann die Vorrangstufe bewirken, dass die Nachricht bevorzugt übertragen wird.

Die Kennzeichnung ist abhängig vom verwendeten technischen System.

Für die Festlegung der Vorrangstufe der Nachricht ist der Absender verantwortlich.

Es gibt drei Vorrangstufen:

1. Einfache Nachrichten

Einfache Nachrichten werden nicht speziell gekennzeichnet.

Grundsätzlich ist jede Nachricht eines Einsatzes eine einfache Nachricht.

2. Sofort-Nachrichten

Sofort-Nachrichten werden mit „Sofort“ oder „SSS“ gekennzeichnet.

Sofort-Nachrichten werden deklariert, wenn eine verzögerte Bearbeitung zu negativen Einsatzauswirkungen führt.

Negative Einsatzauswirkungen können z. B. sein:

- Mögliche Gefährdung von Personen
- Möglicher erheblicher Sachschaden
- Unvorhergesehene Einsatzverlagerung ohne akute Änderung der Gefährdungslage

Die Nachricht soll vorrangig, aber nicht unverzüglich, bearbeitet werden.

3. Blitz-Nachrichten

Blitz-Nachrichten werden mit „Blitz“ oder „BBB“ gekennzeichnet.

Falls technisch möglich, unterbricht eine Nachricht andere Kommunikation und ermöglicht ein unverzügliches Absetzen der Nachricht.

Der Empfänger muss die Nachricht unverzüglich entgegen nehmen und sichten.

Blitz-Nachrichten werden nur verwendet wenn:

- Aufgrund einer unmittelbaren Gefahr für Leib und Leben einer Person unverzügliche Hilfe angefordert werden muss
- Zur Bekämpfung von Kapitalverbrechen
- Aufgrund einer unmittelbar bevorstehenden Katastrophe
- Ein dringendes Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung besteht

Notrufe, z. B. im Digitalfunk BOS, entsprechen Blitz-Nachrichten.

Kommunikationsunterlagen

Kommunikationsplan

(Muster)

Dienststelle: Sachbearbeiter: Stand (Datum/Uhrzeit):	Einsatzleiter/ EA-Leiter: Name: Rufname:	Führungsstab/Führungsgruppe: Rufname: Fax: Telefon: Mobiltel.: E-Mail:	Benachbarte Kräfte: Sonstige Stellen: Kennwort:
--	---	--	---

Rufgruppe

EA/UA:
 Leiter:
 Rufname:
 Telefon:
 Mobiltel.:
 ...
 Führungsgruppe:
 Rufname:
 Telefon:
 Fax:
 Mobiltel.:
 E-Mail:
 ...

Rufgruppen

EA/UA:
 Leiter:
 Rufname:
 Telefon:
 Mobiltel.:
 ...
 Führungsgruppe:
 Rufname:
 Telefon:
 Fax:
 Mobiltel.:
 E-Mail:
 ...

Rufgruppen

EA/UA:
 Leiter:
 Rufname:
 Telefon:
 Mobiltel.:
 ...
 Führungsgruppe:
 Rufname:
 Telefon:
 Fax:
 Mobiltel.:
 E-Mail:
 ...

Rufgruppen

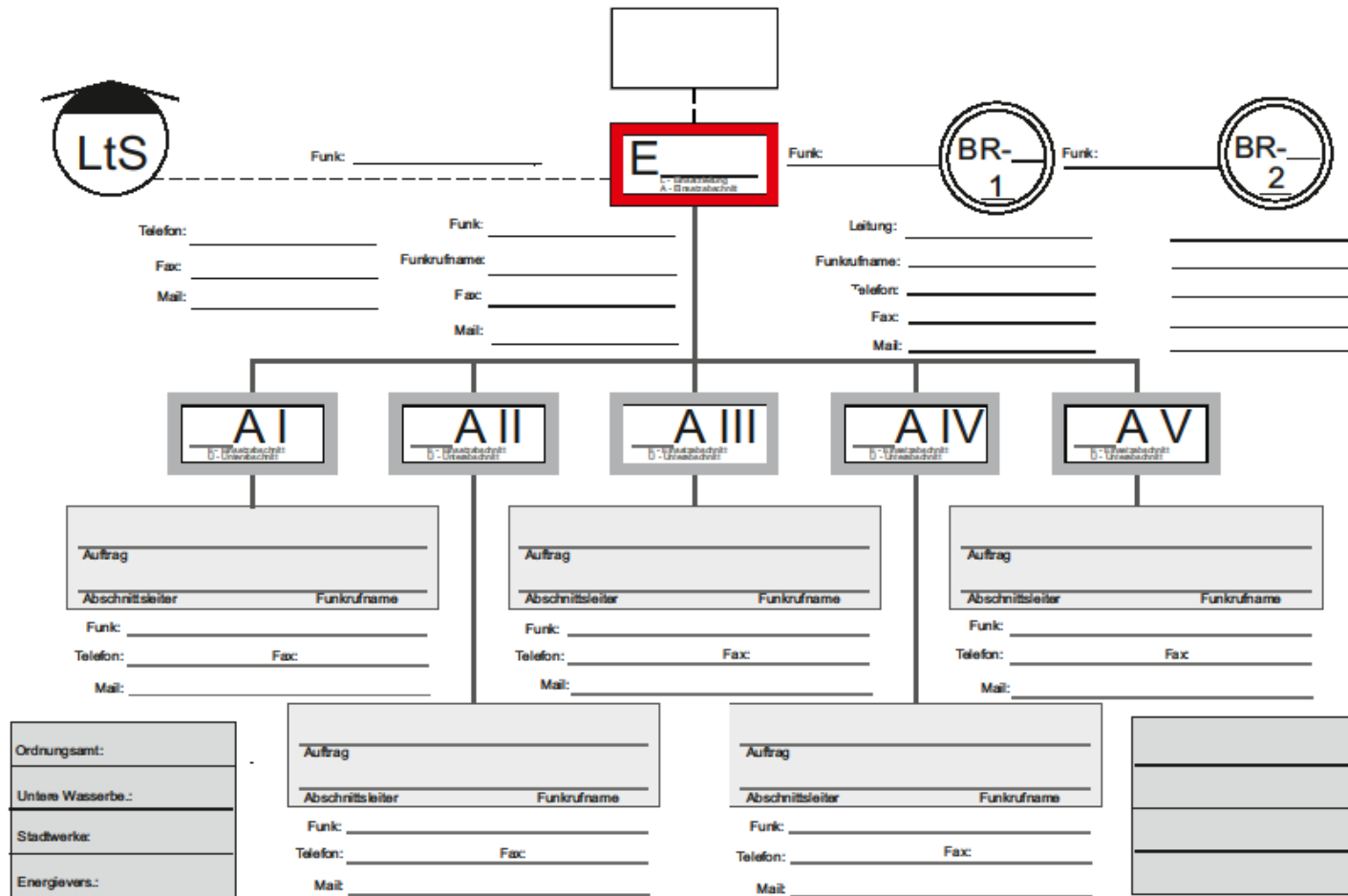
EA/UA:
 Leiter:
 Rufname:
 Telefon:
 Mobiltel.:
 ...
 Führungsgruppe:
 Rufname:
 Telefon:
 Fax:
 Mobiltel.:
 E-Mail:
 ...

Rufgruppen

EA/UA:
 Leiter:
 Rufname:
 Telefon:
 Mobiltel.:
 ...
 Führungsgruppe:
 Rufname:
 Telefon:
 Fax:
 Mobiltel.:
 E-Mail:
 ...

Rufgruppen

Taktischer Organisations- / Kommunikationsplan¹ (Muster)



¹ Der taktische Organisations- / Kommunikationsplan ist in elektronischer Form bei den Ausbildungsstätten der Länder erhältlich.

Musterbetriebsverzeichnis²

Datum	Uhrzeit	luK-Verbindung	luK-Dienst	In Betrieb seit	Ereignis / Störung	Kompensation	Meldender	Bearbeiter	Bearbeitungsvermerk inkl. Datum und Uhrzeit
25.02.2017	16:30	Richtfunkstrecke B1 - B2	Bildübertragung	25.02.2017	An Einsatzleiter be- triebsbereit überge- ben		Meier	Meier	Verbindungen getestet. 25.2.2017 16:00
17.03.2017	12:45	Digitalfunk	Status		Status kann im ELW 2 der EL nicht regis- triert werden	Statusänderungen per Sprache melden.	Müller	Schulze	Endgerät im ELW neu programmiert. Schulze 17.3.16 14:30
17.03.2017	14:00		Telefonie		Mobilfunk gestört	Anweisung nur noch Digitalfunk nutzen.	Heinz	Schulze	Provider informiert. Lö- sung zugesagt 17.3.16 14:15

² Das Musterbetriebsbuch in elektronischer Form ist bei den Ausbildungsstätten der Länder erhältlich

Buchstabiertafel

Grundsätzlich ist das nationale Buchstabieralphabet zu verwenden.

Buchstabe	National	International
A	Anton	Alpha
Ä	Ärger	
B	Berta	Bravo
C	Cäsar	Charlie
Ch	Charlotte	
D	Dora	Delta
E	Emil	Echo
F	Friedrich	Foxtrott
G	Gustav	Golf
H	Heinrich	Hotel
I	Ida	India
J	Julius	Juliette
K	Kaufmann	Kilo
L	Ludwig	Lima
M	Martha	Mike
N	Nordpol	November
O	Otto	Oscar
Ö	Ökonom	
P	Paula	Papa
Q	Quelle	Quebec
R	Richard	Romeo
S	Samuel	Sierra
Sch	Schule	
ß	Eszett	Sierra-Sierra
T	Theodor	Tango
U	Ulrich	Uniform
Ü	Übermut	
V	Viktor	Victor
W	Wilhelm	Whisky
X	Xanthippe	X-Ray
Y	Ypsilon	Yankee
Z	Zacharias	Zulu

Zahl	Sprechweise
0	Null
1	Eins
2	Zwo
3	Drei
4	Vier
5	Fünf
6	Sechs
7	Sieben
8	Acht
9	Neun

Abkürzungsverzeichnis

AFKzV	Ausschuss „Feuerwehrwesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“
AS	Autorisierte Stelle
BDBOS	Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BNetzA	Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen
BOS	Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
DECT	Digital Enhanced Cordless Telecommunications
IuK	Information- und Kommunikation
LAN	Local Area Network
PTSG	Gesetz zur Sicherstellung von Postdienstleistungen und Telekommunikationsdiensten in besonderen Fällen
TTB	Taktisch-technische Betriebsstelle im Digitalfunk BOS
VPN	Virtual Private Network
VSA	Verschlusssachenanweisung
VSD	Verbindungsstelle für den Digitalfunk
VSt	Vorhaltende Stelle im Digitalfunk BOS
WAN	Wide Area Network
WLAN	Wireless Local Area Network
WPAN	Wireless Private Area Network

Fachbegriffe

Abholpunkt	Anschlussstelle, an der LuK-Verbindungen übernommen und weitergeführt werden
Access Point	LuK-Gerät oder LuK-Anlage zur Verbindung von nicht leitungsgebundenen LuK-Geräten und einem LAN
Authentifizierung	festgelegtes Verfahren zum Nachweis der Teilnahmeberechtigung am LuK-Verkehr
Autorisierte Stelle	Verantwortliche Organisationseinheit der Länder und des Bundes für das Bereitstellen der Sprach-, Datendienste und Anwendungen im Digitalfunk BOS in ihrem Zuständigkeitsbereich
Betreiben	Sammelbegriff für die Durchführung des LuK-Verkehrs
Betriebsbereitschaft	personelle und materielle Voraussetzungen zur jederzeitigen Durchführung des LuK-Verkehrs einer Betriebsstelle
Betriebsstelle	Sammelbegriff für Stelle im LuK-Netz, bei der Nachrichten aufgenommen, befördert oder übermittelt werden
Betriebsunterlagen	alle Unterlagen, die benötigt werden zur <ul style="list-style-type: none"> - Regelung des Dienstbetriebes - Dokumentation und zur Nachweisung - Betriebsanalyse
Fachdienst	Sammelbegriff für andere Organisationen und Behörden mit Spezialwissen, Spezialtechnik und Spezialausrüstung, z. B. Technisches Hilfswerk
IT-Sicherheit	Maßnahmen zur Verhinderung <ul style="list-style-type: none"> - des Gewinnens schutzbedürftiger Informationen aus dem LuK-Verkehr durch Unbefugte - der Teilnahme Unbefugter am LuK-Verkehr - von Störungen des LuK-Verkehrs

luK-Anlage	betriebsfähige Zusammenfassung von luK-Geräten oder Baugruppen zum Befördern, Aufnehmen und Vermitteln von Nachrichten auf luK-Verbindungen
luK-Führungskräfte	Zusammenfassung von Personen, die Führungsaufgaben im Bereich der luK-Spezialkräfte im luK-Einsatz wahrnehmen.
luK-Mittel	alle zur Nachrichtenübertragung und Dokumentation von Sprache und Daten erforderlichen luK-Geräte und luK-Anlagen
luK-Netz	Zusammenfassung von luK-Verbindungen. Diese können in taktisch, technisch, betrieblich oder räumlich begrenztem Umfang gegliedert werden
luK-Spezialkräfte	Zusammenfassung von Personen mit Fachkenntnissen der eigenen Organisation, anderer Behörden und Organisationen oder externer Dienstleister zum Herstellen, zum Betrieb oder zur Wartung und Instandhaltung von luK-Technik
luK-Verbindung	durch Einsatz von luK-Mitteln überleitungsgebundene oder nicht leitungsgebundene Übertragungswege zur Beförderung von Informationen
luK-Verkehr	Aufnehmen, Befördern, Übermitteln oder Überleiten von Nachrichten auf luK-Verbindungen
Kommunikationsplan	Plan zur visuellen Darstellung der Kommunikationsmöglichkeiten
Kommunikationsskizze	Freihändige nicht formalisierte Zeichnung von Kommunikationsmöglichkeiten
Netzverbund	Verknüpfung mehrerer luK-Netze
Öffentliche Netze	Netze, die nicht für BOS betrieben und grundsätzlich von allen genutzt werden können
Relaisstelle	luK-Gerät oder luK-Anlage zur Vergrößerung der Reichweite, z.B. im Richtfunk

oder zur Verbindung von Teilnehmern verschiedener IuK-Netze

Rückfallebene

Ersatz für eine IuK-Verbindung, ggf. auch unter Inkaufnahme einer Leistungsbeschränkung, z.B. Entfall der Verschlüsselung

Schnittstelle

technischer Übergang zwischen IuK-Geräten, IuK-Anlagen oder IuK-Netzen

Störung

technische oder betriebliche Beeinträchtigung oder Ausfall einer IuK-Verbindung

Unterhalten

Sammelbegriff für die Tätigkeiten, um IuK-Verbindungen betriebsfähig zu erhalten

Verschlüsselung

Verfahren zur Umwandlung von Informationen, um diese vor unberechtigtem Zugriff zu schützen

Zugangspunkt

IuK-Gerät oder IuK-Anlage zur Verbindung von nicht leitungsgebundenen IuK-Geräten und einem LAN

Mustergliederung eines Einsatzabschnittsbefehls für den IuK-Einsatz

1. Gesamtlage
2. IuK- Lage
3. Gesamtauftrag
4. IuK-Auftrag
 - a. Zur Verfügung gestellte IuK-Technik inkl. Betriebszeiten
 - b. Lage der Befehlsstellen und Betriebszeiten
5. Durchführung
 - a. Unterstellungsverhältnisse
 - b. Zuweisung von Verantwortlichkeiten (z. B. Entstörung, Überwachung, Planung)
6. Versorgungs- /Instandhaltungspunkte
7. Führungsstruktur des IuK-Einsatzes
8. Kommunikationspläne, Kommunikationsskizzen



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Postfach 31 67 · D-65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen: V 21 - 68d06.01-02-14/004

An die
Kreisausschüsse der Landkreise und
Magistrate der kreisfreien Städte
- Zentrale Leitstellen / Leitfunkstellen -

Dst. Nr. 0005
Bearbeiter/in Herr Dipl.-Ing. (FH) J. Raue
Durchwahl (06 11) 353 1430
Telefax: (06 11) 353 1426
Email: jens.raue@hmdis.hessen.de
Ihr Zeichen
Ihre Nachricht

nachrichtlich:

Datum 3. September 2018

Regierungspräsidium Kassel
- Leitstellentechnischer Dienst -

34112 Kassel

Hessische Landesfeuerschule
Heinrich-Schütz-Allee 62

34134 Kassel

Datenschutz in den Zentralen Leitstellen - Personenbezogene Daten

Dieser Erlass legt in Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) ergänzend zu den §§ 15, 17 und 19 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes (HRDG) vom 16. Dezember 2010 (GVBl. I S. 646), geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2012 (GVBl. S. 622), und zu § 8 der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 3. Januar 2011 (GVBl. I S. 17), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Dezember 2014 (GVBl. 2015 S. 24), die das grundsätzliche Speichern von Daten in Zentralen Leitstellen regeln, sowie zur Aufschaltung bei Gesprächen in der Zentralen Leitstelle, Folgendes fest:

In den Zentralen Leitstellen werden folgende Datenarten gespeichert:

1. Einsatzgrunddaten,
2. Einsatzprotokolldaten,
3. Tonbandaufzeichnung / Gesprächsaufzeichnung (Langzeitdokumentation),
4. Kurzzeitdokumentation.

Die unter Nr. 1 und 2 genannten Daten sind nach § 8 der Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes für zehn Jahre aufzubewahren und danach der Vernichtung zuzuführen. Die unter Nr. 3 genannten Daten sind gemäß technischer Ausstattung mindestens drei Monate (nach § 17 Abs.5 Satz 2 HRDG) und maximal zwölf Monate aufzubewahren. Die unter Nr. 4 genannte Kurzzeitdokumentation eines Leitstellenarbeitsplatzes dient der jeweils in diesem Bereich arbeitenden Einsatzbearbeiterin oder dem jeweils in diesem Bereich arbeitenden Einsatzbearbeiter zur eventuell notwendigen Verifizierung von eingehenden Gesprächsdaten oder Einsatzdaten als „digitaler automatischer Notizzettel“. Diese Daten dürfen höchstens 24 Stunden gespeichert werden.

Im Rahmen der Qualitätssicherung ist nach Maßgabe der folgenden Vorgaben für die unter Nr. 1 bis 4 genannten Daten abschließend schriftlich und transparent unter Beteiligung der Personalvertretung festzulegen, wer auf diese Daten zugreifen darf und wie dies zu geschehen hat. Die unter Nr. 3 genannten Daten dürfen personenbezogen nur in einem dem Qualitätsmanagementverfahren angemessenen Volumen, bezogen auf die Anzahl der Gespräche einer Einsatzbearbeiterin oder eines Einsatzbearbeiters, ausgewertet werden.

Sollte im Rahmen des Beschwerdemanagements der Zugriff auf die Daten nach Nr. 1 bis 4 notwendig sein, ist dies unter Beteiligung der betroffenen Einsatzbearbeiterin oder des betroffenen Einsatzbearbeiters und ggf. der Personalvertretung durchzuführen. Für sachlich dringende Fälle ist ein Verfahren mit der Personalvertretung über den Zugriff festzulegen. Der Betroffene ist sobald wie möglich über den Zugriff zu informieren.

Sind aus der Qualitätssicherung bzw. dem Beschwerdemanagement personalrechtliche oder disziplinarische Maßnahmen zu erwarten, sind die rechtlichen Rahmenbedingungen für diese Verfahren zwingend zu beachten.

Zugriffe auf das Langzeitdokumentationssystem werden elektronisch in diesem System selbst dokumentiert. In Ergänzung zu dieser digitalen Dokumentation ist ein „Zugriffsbuch“ (ggf. in digitaler Form) zu führen. In diesem „Zugriffsbuch“ sind die Einzelzugriffe mit Datum, Uhrzeit, Anlass des Zugriffs und der zugreifenden Person zu dokumentieren. Eine Kontrolle dieses Zugriffsbuches ist durch die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten des Landkreises oder der kreisfreien Stadt einmal jährlich durchzuführen. Der Zugriff auf die Langzeitdokumentation ist auf möglichst wenige Personen zu begrenzen. Der Administrationszugang im Rahmen der Wartung bleibt hiervon unberührt.

Müssen Dokumente oder Datensätze der Datenarten nach Nr.1 bis 4 von der Leitstelle herausgegeben werden, so ist der Verbleib (einschließlich Adressdaten) zu dokumentieren. Hierbei ist die Form der Herausgabe zu unterscheiden (Mitschnitt, Wortprotokoll, Bericht).

- Auskunft an den Betroffenen nach Art. 15 der Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO)

Eine Person, die mit der Leitstelle telefoniert hat, kann Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. In diesem Fall muss ein Wortprotokoll erstellt werden. Ein Mitschnitt der Gespräche darf der oder dem Betroffenen nur ausnahmsweise ausgehändigt werden, wenn Dritte nicht betroffen sind. Abhängig vom zu Grunde liegenden Fall ist es sinnvoll, einen Mitschnitt für ein anstehendes Gerichtsverfahren vorzuhalten.

- Auskunft an Unfallbeteiligte

Falls eine dritte Person Aufklärung über die zeitlichen Abläufe und Inhalte von Gesprächen mit der Leitstelle zu einem Unfall, bei dem sie oder er zu Schaden gekommen ist, erbittet, ist ein Bericht oder Wortprotokoll zu erstellen. Mitschnitte dürfen der anfragenden Person nicht zur Verfügung gestellt werden. Abhängig vom zu Grunde liegenden Fall ist es sinnvoll, einen Mitschnitt für ein anstehendes Gerichtsverfahren vorzuhalten.

- Auskunft an Erziehungsberechtigte (analog an einen Vormund)

Falls eine erziehungsberechtigte Person Aufklärung über die zeitlichen Abläufe und Inhalte von Gesprächen mit der Leitstelle zu einem Unfall erbittet, bei dem das Kind der oder des Erziehungsberechtigten zu Schaden gekommen ist, kann ein Bericht oder Wortprotokoll erstellt werden. Mitschnitte dürfen der anfragenden Person nicht zur Verfügung gestellt werden. Abhängig vom zu Grunde liegenden Fall ist es sinnvoll, einen Mitschnitt für ein anstehendes Gerichtsverfahren vorzuhalten.

- Auskunft an Versicherungen

Falls eine Versicherung Auskunft über die zeitlichen Abläufe und die beteiligten Personen bei einem Unfall erbittet, genügt in der Regel die Einsatzdokumentation, um die Anfrage zu beantworten. Wenn weitergehende Informationen über geführte Gespräche nötig sind, ist ein Bericht zu erstellen. Ein Mitschnitt ist nicht weiterzugeben. Abhängig vom zu Grunde liegenden Fall ist es sinnvoll, einen Mitschnitt für ein anstehendes Gerichtsverfahren vorzuhalten.

- Auskunft an die Presse

Falls Pressevertreter detaillierte Angaben zu Notfalleinsätzen erbitten und darauf dringen, die aufgezeichneten Gespräche mithören zu können, gilt Folgendes:

Grundsätzlich besteht ein presserechtlicher Auskunftsanspruch. Es darf der Pressevertreterin oder dem Pressevertreter weder ein Abhören der Gespräche erlaubt werden, noch dürfen ihr oder ihm Mitschnitte der Gespräche zur Verfügung gestellt werden. Eine Zusammenfassung der Einsatzdokumentation, in der Regel ohne Nennung von Beteiligten, ist zulässig.

Die Regelungen zur Beteiligung Ihrer Pressestelle bei Auskünften bleiben unberührt.

Sofern Auskünfte an Dritte erfolgen, muss die beteiligte Einsatzbearbeiterin oder der beteiligte Einsatzbearbeiter hierüber informiert werden.

Die Notruf- und Funkabfrage und Vermittlungseinrichtung ermöglicht die Aufschaltung auf bereits bestehende Gespräche. Dies kann als reines Mithören aber auch als dritte teilnehmende Person des Gespräches (Konferenz) erfolgen.

Auf Anforderung einer Einsatzbearbeiterin oder eines Einsatzbearbeiters ist hier das Aufschalten und Mithören des Gespräches statthaft. Dies kann im Rahmen der Ausbildung und mit Zustimmung der Einsatzbearbeiterin oder des Einsatzbearbeiters geschehen. Zu diesem Zwecke kann auch ein sog. „Y-Kabel“ für den Telefonhörer eingesetzt werden. Das Mithören von Telefongesprächen darf ohne Zustimmung der Einsatzbearbeiterin oder des Einsatzbearbeiters ausschließlich zum Zweck der Unterstützung bei der Bekämpfung einer Gefahrenlage erfolgen.

Der Umgang mit der Dokumentationsanlage und mit der Funktion „Aufschalten / Mithören“ in der Notruf-/Funkabfrage- und Vermittlungseinrichtung sowie genauere leitstellenspezifische Regelungen oder Abläufe sind innerdienstlich unter der Mitwirkung des Personalrats zu regeln. Bereits aufgrund des Erlasses vom 16. März 2015 zum Abschluss einer Dienstvereinbarung eingeleitete aber noch nicht beendete Mitbestimmungsverfahren können nach einem entsprechenden Hinweis an den Personalrat entweder als Mitwirkungsverfahren fortgeführt oder durch das Zurückziehen der Maßnahme unter erneuter Beteiligung im Wege der Mitwirkung beendet werden. Bereits abgeschlossene Dienstvereinbarungen sind zwar mangels Mitbestimmungstatbestand nicht zulässigerweise abgeschlossen und deshalb nichtig. Da in diesem Verfahren aber der Personalrat unterrichtet wurde und er der Maßnahme zustimmte, gilt diese Maßnahme auch als gebilligt im Sinne einer Mitwirkung nach § 72 HPVG. Ein weiteres Mitwirkungsverfahren ist dann nicht mehr erforderlich.

Mein Erlass vom 30. November 2015 wird aufgehoben.

Im Auftrag
gez. Milberg

(Milberg)